

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 11944

Berlin, den 25. Januar 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Abschluß im Haag (Gesunde Reichsfinanzen — schwacher Schacht)

Wenn nicht der deutsche Reichsbankpräsident Dr. Schacht Gelegenheit genommen hätte, sich auf Kosten seines internationalen Ansehens recht gründlich zu blamieren, wäre die im Anfang dieser Woche zu Ende gegangene zweite Konferenz ganz programmäßig verlaufen. Der Konferenz haben die Spannungen zwar nicht gefehlt. Es ist heftig um die einzelnen Punkte gestritten worden und man kann der deutschen Delegation nachrühmen, daß sie sich brav geschlagen hat. Allerdings wies das Programm der zweiten Konferenz weit weniger Schwierigkeiten auf als das der ersten Konferenz im verflossenen Jahre. Die erste Konferenz fand nur die Empfehlungen der Pariser Sachverständigen vor. Eine ganze Reihe von Fragen war offen geblieben. Die beteiligten Mächte hatten sich noch grundsätzlich zu einigen. Das ist auf der ersten Konferenz geschehen. Währenddessen hatten die Einzelkomitees erprießliche Arbeit geleistet, so daß der Verlauf der zweiten Haager Konferenz im Grunde genommen gesichert war.

Streitobjekte waren jedoch auch diesmal im Haag vorhanden. Da war die Frage der Zahlungstermine, die tagelang heiße Köpfe machte. Bei der Höhe der von Deutschland an die Internationale Reparationsbank zu leistenden Zahlungen ist es selbstverständlich nicht gleichgültig, wann diese Zahlungen erfolgen. Die Verpflichtung bzw. das Zugeständnis, 14 Tage früher oder später zu zahlen, bedeutet hinsichtlich des Zinsgenusses Summen, die in die Millionen gehen. Die deutsche Delegation hat hier ihren Standpunkt mit einem Eifer vertreten, der oftmals von den Delegierten und der ausländischen Presse als Hartnäckigkeit unterstrichen wurde. Wenn sie hier ihren Standpunkt nicht voll durchsetzen konnte, dürfte ihr hier kein Vorwurf zu machen sein. Die deutsche Delegation holte auch im Zusammenhang damit einen finanziellen Vorteil aus der getroffenen Regelung über die deutschen Einzahlungen bei der Internationalen Bank heraus. Streitpunkt war auch die Frage der Ostreparationen. Sie geht Deutschland nur mittelbar an. Die osteuropäischen Länder, Ungarn, Bulgarien, Polen, die Tschechen, haben ihre eigene Liquidierung des Krieges durchzuführen. Auch hier laufen noch Zahlungen an die großen Mächte. Selbstverständlich geht auch hier der Kampf darum, die abzuführenden Summen zu drücken, und es war klar, daß man die Frage der Ostreparationen im Rahmen der Generalvereinbarung im Haag mit abtun wollte. In der Frage der Ostreparationen sahen viele so etwas wie eine Gefahr für den Erfolg der Konferenz. In den Sonderberatungen waren sich die

beteiligten Mächte nicht einig geworden. Also mußte der Streit im Haag ausgetragen werden. Die Ostmächte waren aber bisher immer durch die Reparationskommission vertreten. Da nun die Reparationskommission nach dem Young-Plan fortfällt, traten die Ostmächte im Haag selbständig auf. Sie hatten damit das Recht, dem Young-Plan ihre Zustimmung nicht zu geben, und es ergab sich die Möglichkeit für sie, sich ihre Zustimmung zum Young-Plan gewissermaßen abkaufen zu lassen. Das hätte auch hinsichtlich der Frage der Liquidationen eine finanzielle Benachteiligung Deutschlands bedeuten können. Der Erfolg der Konferenz war aber hier keineswegs gefährdet, weil die großen Mächte sich darüber einig waren, den Young-Plan auch ohne Zustimmung der kleinen Mächte in Kraft zu setzen. Schließlich ist der Sinn des Young-Plans der, einen Teil der deutschen Reparationsschuld mit Hilfe der Geldmärkte zu mobilisieren, einen Teil der zukünftigen deutschen Zahlungen in Anleihen umzuwandeln. Dafür brauchte man die Macht, nämlich Deutschland, die die Anleihe auf sich nimmt, und die anderen Mächte, die ihre Geldmärkte dem Verkauf dieser Anleihe öffnen, also Amerika, Frankreich und England. Man konnte hier schon gewillt sein, über den Protest der Ostmächte hinwegzugehen. So war die Frage der Ostreparationen von Anfang an ein Problem zweiter Natur.

Die Taktik der deutschen Delegation war darauf eingestellt, den Young-Plan als Ganzes, wie man sagt, als Totalität durchzusetzen. Man wollte keine juristische Auslegung, wodurch unter Umständen das, was für Deutschland im Young-Plan äußerst wichtig war, als weniger wichtig in die Erscheinung getreten wäre. Andererseits wollte man auf der deutschen Seite eine völlige Klärung der Sanktionsfrage. Man wollte eine besondere Bestätigung dafür, daß sich die Ereignisse, wie sie uns die französische Sanktionspolitik in den ersten Jahren nach dem Krieg gebracht hatte, nicht mehr wiederholen. Der Young-Plan hatte sich bereits in diesem Sinne ausgesprochen und es läßt sich darüber streiten, ob die Aufrollung der Sanktionsfrage im Haag begründet war. Andererseits waren die Argumente Frankreichs, was geschehen solle, wenn sich einmal einst eine nationalistische Regierung vom Young-Plan lossagen sollte, nicht von der Hand zu weisen, und man muß es der französischen chauvinistischen Presse bestätigen, daß sie die Dummheit des Volksentscheids in Deutschland, das fortwährende Lärmen der Radikalen bei uns und schließlich die neue Theateraufführung Dr. Schachts im Haag weidlich gegen Deutschland auszunutzen verstand. Die Verhandlungen im Haag sind jedoch davon nicht

Lied der Republik

Schließt die Reihen fest zusammen,
 Die ein gleiches Schicksal schuf!
 Augen blihen, Herzen flammen,
 Mächtig tönt der Freiheit Ruf.
 Folgt dem Rufe! Folgt der Fahne!
 Bietet treu dem Feinde Truß!
 Daß ihr Sieg der Weg euch bahne,
 Seid der Freiheit Schirm und Schuß!

Schutz und Schirm erkämpftem Rechte
 Auf dem Weg zur neuen Welt;
 Truß dem Bund der dunklen Mächte,
 Deren Haß uns rings umstellt!
 Truß in Laten, Truß im Liebe:
 Vorwärts, Freunde, nie zurück!
 Freiheit ist der Völker Friede,
 Freiheit ist der Menschen Glück.

Herzen flammen, Augen blihen:
 Freiheit ist die Republik;
 Unsr Treue soll sie schützen,
 Unser Weg ist ihr Geschid.
 Mann für Mann, wir sind entschlossen;
 Ihre Fahne flammt uns vor:
 Freunde, Brüder und Genossen!
 Führt sie stolz zum Sieg empor!

Karl Schaeffer

den Erfolg der Konferenz. In den Sonderberatungen waren sich die

den Erfolg der Konferenz. In den Sonderberatungen waren sich die

infiziert worden. Die getroffene Einigung bricht grundsätzlich mit der Sanktionspolitik. Und so ergibt sich der klare Ausweg aus der Misere der Nachkriegsjahre. Die Reparationspolitik war nach dem Kriege eine rein militärisch-politische Angelegenheit. Es bedurfte langer Zeit, sie nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu orientieren. Man kam somit in eine politisch-wirtschaftliche Atmosphäre. Der Fortschritt im Haag ist der, daß man die Politik ganz ausschaltet. Der Komplex der Reparationsfragen setzt sich heute aus wirtschaftlichen und finanziellen Abmachungen zusammen. Aus der militärisch-politischen Angelegenheit ist eine wirtschaftlich-finanzielle Angelegenheit geworden. Entscheidend ist hier die internationale Bank und weiter das vorgesehene Schiedsgericht. Die einzelnen Mächte werden über reparationspolitische Fragen nicht mehr unmittelbar verhandeln. Was die Völker in Zukunft miteinander auszumachen haben, der ganze diplomatische Verkehr, wird durch Fragen der Reparationen nicht mehr belastet. Der Haager Schlußpakt bedeutet eine Entlastung der politischen Atmosphäre, die nicht hoch genug einzuschätzen ist. Der Weg zur Verständigung der Völker auf anderen Gebieten ist damit frei. Was das bedeutet, beweist z. B. die dringende Notwendigkeit einer europäischen Zollverständigung, die demnächst in Genf unter dem Titel Zollfrieden in Angriff genommen werden soll.

Unter den Händen der Delegierten hat die Haager Konferenz auch ein ganz anderes Aussehen angenommen. Die Anleihefrage ist im Haag in einer Weise gelöst worden, die der ganzen Konferenz einen anderen Inhalt gab. Nach den vorliegenden Nachrichten sieht die Einigung über die Mobilisierung eines Teils der deutschen Schuld mit Hilfe von Anleihen zunächst eine Emission von 1200 Millionen Mark vor. Davon sollen 400 Millionen Mark an Deutschland gehen. Diese Einigung im Haag ist von grundsätzlicher Bedeutung. Während des verfloßenen Jahres konnte Deutschland kaum Auslandsanleihen hereinnehmen. Die Märkte im Auslande waren unergiebig. Das Ausland hatte seine eigenen Geldsorgen. In Nordamerika zog die beispiellose Aktienspekulation nicht nur die Gelder des eigenen Landes, sondern auch die Kapitalien anderer Länder an sich. Außerdem waren die Verhältnisse in Deutschland nicht dazu angehen, Auslandsanleihen zu gewähren. Das Unsicherheitsgefühl, das Ereignisse wie die Reparationsregelung immer mit sich bringen, machte sich geltend. Dazu kam eine Anleihe Sperre, diktiert von dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. Daß gerade die öffentliche Hand, die Gemeinden, die Versorgungsbetriebe der Gemeinden usw. darunter gelitten haben, ist selbstverständlich. Da die öffentliche Hand aber der größte Auftraggeber für die deutsche Industrie ist, erklärt sich, daß die Misere auf dem Anleihemarkt stark auf die Wirtschaft zurückwirken mußte. Der unbefriedigende Konjunkturverlauf der deutschen Wirtschaft ist nicht zuletzt auf die Stockung in der Zuführung ausländischer Anleihen nach Deutschland zurückzuführen. Durch die im Haag getroffene Einigung wird ohne Zweifel eine Bresche in die Zurückhaltung der ausländischen Geldgeber geschlagen.

Die für Deutschland bestimmten 400 Millionen Mark der internationalen Reparationsanleihe sollen der Reichsbahn und der Reichspost zugute kommen. Die eigenartige Finanzlage der beiden Institute dürfte genügend bekannt sein. Einnahmen und Ausgaben stehen bei beiden in ganz gesundem Verhältnis. Aber es fehlt an Mitteln, die nötigen Neuanlagen zu finanzieren. Post und Eisenbahn mußten deshalb ihre Investitionen einschränken. Die Eisenbahn konnte insbesondere nicht an den Dawes-Plan für die Reparationszahlungen haften und gewissermaßen mit einer Reparationshypothek vorbelastet war. Das fällt alles weg. Die Einschränkungen, die Eisenbahn und Post hinsichtlich ihrer Investitionen vornehmen mußten, weil kein genügendes Kapital zu beschaffen war, und unter denen große Zweige der deutschen Wirtschaft sehr litten, hören auf. Von den mit Hilfe der Haager Anleihen durchzuführenden erweiterten Investitionen wird zweifellos eine Welle der Erleichterung für die ganze Wirtschaft ausgehen. Klar ist auch, daß Post und Eisenbahn die Riesenanleihe von 400 Millionen Mark nicht sofort gebrauchen. Die Gelder werden, bis sie in Jahr und Tag in Neuanlagen fließen, auf den deutschen Geldmärkten stationieren und sehr zur Entlastung derselben beitragen. Damit nicht genug. Die Anlage von Kapital ist immer eine Sache, die zu guter Letzt von der allgemeinen Stimmung, von der allgemeinen

Auffassung abhängt. Man möchte fast sagen, daß sie bis zu einem gewissen Grade Modefrage bleibt. Nun wird man für die internationale Reparationsanleihe in den kapitalkräftigsten Ländern Reklame machen. Die großen Banktrusts, die die Anleihe herausgeben, haben das größte Interesse daran, wieder jene Stimmung zu erzeugen, aus der heraus die Dawes-Anleihe ihre großen Erfolge erzielen konnte. Darauf werden die Banken in aller Herren Länder ihre Werbetätigkeit einstellen müssen und diese Stimmung wird der Hereinnahme von Auslandsanleihen nach Deutschland selbstverständlich zugute kommen, so daß als sicher gelten kann, daß mit der Haager Einigung über die internationale Anleihe auch der Bann hinsichtlich der Anleihen der öffentlichen Hand, also auch der Gemeinden, gebrochen ist. Hier darf der Reichsbankpräsident Dr. Schacht mit seiner Beratungsstelle nicht wieder einmal das verderben, was die deutsche Delegation im Haag gutgemacht hat. Die Existenz der Beratungsstelle hängt vom Willen der Regierung ab und der Wille der Regierung wird dahin gehen, die Beratungsstellen für Auslandsanleihen beim Reichsfinanzministerium durch ein anderes brauchbares Instrument zu ersetzen.

Das Reich muß auch hier die Souveränität wiedererhalten, wie auf dem Gebiet der Reichsbank. Wenn der Reichsbankpräsident in Deutschland gegen Schluß des Jahres die Finanzpolitik diktierte und im Haag den Versuch unternahm, der deutschen Auslandspolitik Richtlinien vorzuschreiben, dann erklärt sich das aus zwei folgenden Faktoren: aus dem internationalen Ansehen Schachts und aus der Finanzmisere der deutschen Regierung. Schacht war für die Gläubigerländer Deutschlands der Garant einer festen Währung und damit der Garant für die Möglichkeit, die Reparationszahlungen durchzuführen. Das Statut der Reichsbank, das dem Reichsbankpräsidenten völlige Unabhängigkeit einräumte, war darauf zugeschnitten. Hier war man viel zu weit gegangen. Es hätte die innere Autonomie der Reichsbank genügt, um die Währung vor einem Mißbrauch durch den Staat zu schützen. Die weiteren Einräumungen setzten den Reichsbankpräsidenten nur in die Lage, Mißbrauch mit dem Staat zu treiben. Diese Stellung wollte sich Schacht bewahren und er hat die Haager Konferenz bzw. das entsprechende Organisationskomitee in diesem Sinne zu beeinflussen versucht. Wäre es nach Schachts Plänen gegangen, so hätte er aus dem für die Reichsbankpolitik entscheidenden Generalrat bei der Reichsbank einen Klub für die oberen Zehntausend gemacht, hätte ihn aus Vertretern der Hochfinanz und der Großindustrie zusammengesetzt. Damit hätte er die Diktatur, mit der er im Dezember 1929 in Berlin experimentierte und die er im Januar 1930 im Haag verfolgte, tatsächlich stabilisiert. Hier bringt der Haager Schlußpakt wichtige Änderungen. Nach der Haager Regelung ist für die Ernennung des Reichsbankpräsidenten die absolute Bestätigung notwendig. Daß damit die Fragen der Währung und der Währungssicherheit nicht berührt werden, ist selbstverständlich. Die Bestimmungen, die sich auf die Währungsfestigkeit beziehen, dürfen selbstverständlich unter keinen Umständen angefaßt werden. Nach dem Haager Schlußpakt kann aber die deutsche Regierung aus eigenem Ermessen — wogegen eine Intervention nach dem Young-Plan zulässig ist — auch in Zukunft das Reichsbankstatut revidieren. Fraglich ist es, ob die Regierung davon in Kürze Gebrauch machen wird. Nötig hat sie es nicht. Und hier kommen wir zum zweiten Faktor, der die Theateraufführung Dr. Schachts ermöglichte. Schacht stand einer Regierung gegenüber, die hinsichtlich der Reichsfinanzen von ihm abhängig war. Die Regierung hatte kein Geld in ihren Kassen und war in ihrer Finanzmisere auf den Mann angewiesen, der ihr in ihren Nöten helfen konnte. Die Regierung hatte kein Geld. Schacht aber hatte es bzw. konnte es beschaffen. Die Regierung war also schwach und Schacht war stark, wie alle diese kapitalistischen Naturen stark sind, wenn sie Schwachen gegenüberstehen. Das geht ja auch im Gewerkschaftsleben so. Die Regierung soll möglichst schnell eine kräftige Sanierung ihrer Finanzen durchführen, soll ihre finanzielle Unabhängigkeit wiedererlangen. Das kann sie in ganz kurzer Zeit. Dann wird sich zeigen, daß Herr Schacht sehr schwach und die Regierung sehr stark sein wird. Darauf kommt aber alles an, auch die Regelung der für die Gemeinden wichtigen Beratungsstelle. Wird die Regierung wieder finanzstark, dann ist der ganze Schachtische Spuk verfliegen. —lk.

Dr. Hjalmar Schacht

Es gab eine Zeit, in der Dr. Hjalmar Schacht nicht der Freund der Großbanken war. Im November 1918 forderte Schacht die Sozialisierung, und heute unternimmt er nichts mehr, ohne seine früheren Widersacher in Kenntnis zu setzen. Er will, gestützt auf die Macht derer, welche den Produktionsapparat in den Händen haben, Finanzdiktator der deutschen Republik werden, wobei ihm von der Deutschen Volkspartei jede gewünschte Hilfestellung gegeben wird. Unzweifelhaft ist dem früheren Demokraten Schacht durch das Reichsbankgesetz von 1924 eine Macht verliehen worden, welche er jetzt dazu mißbraucht, eine hochkapitalistische, diktatorische und reaktionäre Nebenregierung zu errichten. Schacht sollte aus Loyalität gegenüber seinem Volke nicht vergessen, daß deutsche Not und deutsche Ohnmacht, daß der Druck der Siegermächte die Wurzeln seiner Macht sind. Doch ein Mann, dem nicht die Schamröte ins Gesicht steigt, sich von einem verarmten durch Arbeitslosigkeit und all die anderen Sorgen verhärmten Volke ein Jahresgehalt von 340 000 Mk. zahlen zu lassen, wird auch in Zukunft rücksichtslos ausschließlich privatkapitalistische Interessen vertreten, wenn er daran nicht durch die Gesetzgebung gehindert wird. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den anderen Mitgliedern des Direktoriums der Reichsbank mit einem Jahresnettoeinkommen von 180 000 Mk. Beim Ausscheiden aus dem Reichsbankdirektorium erhalten die Mitglieder ein einmaliges achtfaches Goldjahresgehalt. Das macht für Dr. Schacht eine Abfindung von 2 720 000 Mk. Ein Reichsminister bezieht dagegen nur ein Jahresgehalt von 36 000 Mk. Dabei ist der Reichsbankpräsident mit Befugnissen ausgerüstet, welche ihm im Dezember die Möglichkeit gaben, der Reichsregierung seinen Willen aufzuzwingen.

Es muß gefordert und von den Sozialdemokraten in Reichstag und Regierung durchgesetzt werden, daß durch Änderung des Reichsbankstatuts die Möglichkeit gegeben wird, die Mitglieder des Direktoriums abzuberufen, wenn diese durch ihre Maßnahmen die Politik der gewählten Reichsregierung durchkreuzen oder sabotieren. Die Ernennung der Direktionsmitglieder muß durch die Reichsregierung erfolgen. Nur so kann die Souveränität des Reiches gegenüber der Reichsbank wiederhergestellt werden und Vorgänge wie im Dezember, welche das deutsche Volk nicht nur im Ansehen, sondern auch finanziell stark schädigten, müssen vermieden werden.

Die Reichskasse stand Ende Dezember vor der Notwendigkeit, Zahlungsverpflichtungen von 450 Millionen Mark nachzukommen. Vorhanden waren aber nur 120 Millionen Mark, so daß für 330 Millionen Mark die Deckung fehlte.

Die Aufnahme eines Kredits war für die Reichsregierung unerlässlich. Aus diesem Grunde wurden Verhandlungen aufgenommen mit dem amerikanischen Bankhaus Dillon, Read u. Co. Die Aufnahme einer amerikanischen Anleihe ist aber unmöglich, wenn die Reichsbank sich ablehnend verhält. Trotzdem erwartete die Reichsregierung, daß die Aufnahme eines ausländischen Kredits auch ohne positive Mitwirkung des Herrn Dr. Schacht durchzuführen sei. Herr Schacht erklärte, sich passiv zu verhalten. Aber das verursachte Bedenken beim Reparationsagenten und bei der französischen Regierung. Der Reparationsagent stellte sich auf den Standpunkt, die Aufnahme der Anleihe dürfe nur im Einverständnis mit dem Reichsbankpräsidenten erfolgen, und die französische Regierung befürchtete, die Aufnahme des Auslandskredits mache die nach Annahme des Young-Planes beabsichtigte Mobilisierung eines Teiles der Reparationsschuld unmöglich. Die Reichsregierung war also vor die Wahl gestellt, entweder Ende Dezember die Gehälter der Beamten und Angestellten, die Löhne der Arbeiter, die Renten für Kriegsbeschädigte, Kleinrentner, Invalidenrentner und die Unterstützung für Erwerbslose nicht voll auszahlen zu können oder neue Verhandlungen mit dem Reichsbankpräsidenten anzuknüpfen, um seine Einwilligung zur Kreditbeschaffung zu erhalten. Unter dem Druck Schachts wurden die Verhandlungen mit Dillon Read u. Co. abgebrochen, und unter seiner Führung von einem Konsortium deutscher Banken für 350 Millionen Mark Reichsschatzanweisungen übernommen, von denen, beginnend mit dem 15. April 1930, Mitte jeden Monats 50 Millionen Mark zurückzuzahlen sind, so daß der gesamte Kredit mit dem 15. Oktober 1930 seine Erledigung findet. Die Reichsregierung mußte sich also dem Willen des Reichsbankpräsidenten Schacht vollständig unterwerfen. Das veranlaßte den Finanzminister Hilferding und den Staatssekretär Popitz von ihren Ämtern zurückzutreten. Beide brachten damit zum Ausdruck, daß

der Eingriff Schachts in die Politik des Deutschen Reiches eine geregelte Fortführung der Regierungsgeschäfte unmöglich macht. Das deutsche Volk wird durch die Maßnahmen Schachts nicht nur moralisch, sondern auch finanziell empfindlich geschädigt. Der vorgesehene Amerikakredit hätte 8 bis 8,25 Proz. gekostet gegenüber 8,8 Proz., die den deutschen Banken gezahlt werden müssen. Der von Dr. Schacht besorgte Kredit bringt dem Reich also zusätzliche Zinslasten in Höhe von 1½ bis 2¼ Millionen Mark. Das Ganze nennt man dann Sparmassnahmen und sich selbst Spardiktator. Wie lange wird es noch dauern, bis Herr Schacht an die Reichsregierung die Forderung stellt, bei Hergabe von Anleihen durch die deutschen Banken diesen die Reichsbetriebe zu verpfänden?

In seinem Haß gegen die öffentliche Wirtschaft hat Herr Dr. Schacht den Kommunen die Aufnahme von Anleihen erschwert oder vollständig verhindert, obwohl diese dringend der Auslandsanleihe bedurften zum Ausbau ihrer Betriebe und zur Tilgung ihrer kurzfristigen Schulden. Er ist in erster Linie für den akuten Kapitalmangel in den Gemeinden und die damit im wesentlichen Zusammenhang stehende wirtschaftliche Depression verantwortlich. Die Drosselung der Ausgaben in der öffentlichen Wirtschaft verursacht eine immer größer werdende Arbeitslosigkeit, weil deren Aufträge einen bedeutenden Raum in der Gesamtproduktion einnehmen, so daß ohne diese eine wesentliche Belebung der Wirtschaft nicht möglich ist.

Der Kampf für Erhaltung und Ausbau der öffentlichen Wirtschaft ist in ein akutes Stadium getreten. Als Beauftragter des Großkapitals ist Schacht hier unser erbittertster Gegner. So waren der deutschen Großfinanz die großen kommunalen Versorgungsbetriebe Berlins seit Jahren ein Dorn im Auge. Aus diesen Betrieben gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen zu machen, ist ihr Ziel, um mühelos Millionen von Mark als Reingewinn einstreichen zu können. Die Sklarek-Vorgänge waren den Kapitalisten sehr willkommen. Sie mußten als Vorwand dienen, die Kreditfähigkeit weiter zu untergraben. Im Reichsbankpräsidenten haben diese Kreise einen Bundesgenossen gefunden, der ihrer wert ist.

Es ist selbstverständlich eine Unmöglichkeit, die baulichen Bedürfnisse einer Weltstadt wie Berlin aus laufenden Mitteln zu bestreiten. Die Stadt mit ihren 4,3 Millionen Einwohnern wächst jährlich um rund 80 000 Einwohner. Für diese müssen nicht nur Wohnungen beschafft werden, sondern der Ausbau der Verkehrseinrichtungen und der lebenswichtigen Betriebe ist zwangsläufig. Für diesen Zweck und zur Ablösung eines Teiles ihrer kurzfristigen Anleihen beantragte die Stadt Berlin bei der Beratungsstelle für Auslandskredite einen auf 15 Millionen Dollar lautenden Auslandskredit. Herr Schacht will aber seine kommunalfeindliche Politik mit der finanziellen Abwürgung der deutschen Reichshauptstadt krönen. Trotzdem sich die Vertreter des Reiches sowie Preußen für die Genehmigung der Anleihe aussprachen, scheiterte diese an dem Widerspruch der Reichsbank. Berlin bekommt eine Inlandsanleihe in Höhe von 65 Millionen Mark, welche innerhalb eines Jahres getilgt sein muß. Der Tilgungsfonds wird gespeist aus Tarifierhöhungen bei den städtischen Versorgungs- und Verkehrsunternehmungen. Der Bevölkerung wird also nicht nur eine wesentlich teurere Anleihe aufgezwungen, sie muß vielmehr die Tat des Herrn Schacht auch mit Preiserhöhungen der Tarife bezahlen.

Inwieweit die Kommunen durch die Politik des Herrn Schacht, ihnen keine Auslandsanleihe zu bewilligen, geschädigt werden, zeigt ein Beispiel aus Frankfurt a. M. Die Verhinderung einer festabgeschlossenen Auslandsanleihe von 1927 in Höhe von 60 Millionen Mark zu nur 6 Proz. bei 93,54 Proz. Auszahlung hat die Beratungsstelle abgelehnt, und die Einwohner Frankfurts dürfen jetzt 1,5 Millionen Mark zusätzliche Jahreszinsen zahlen. Ähnlich wie in diesem Fall geht es einer ganzen Reihe von deutschen Städten. Die Städte werden gezwungen, zu kurzfristigen Anleihen zu greifen, die eine außerordentliche Gefährdung des Bestandes der kommunalen Versorgungswirtschaft darstellen. Schon haben einige Städte ihre Werke verpfändet, um in den Besitz von Barmitteln zu kommen. Andere haben aus dem gleichen Grunde ihre seither in eigener Regie geführten Unternehmungen in Aktiengesellschaften umgewandelt, um auf diese Weise flüssiges Geld zu erhalten. Tritt hier nicht in kürzester Zeit eine Änderung ein, so sind größte Befürchtungen für den Bestand der Kommunalwirtschaft berechtigt. Dabei liegen die Dinge keineswegs so, daß die Städte etwa überschuldet sind. Im Gegenteil. Die Verschuldung

der deutschen Städte erreicht in den meisten Fällen nicht einmal den Stand der Vorkriegszeit.

Die Folge dieser Katastrophenpolitik wirkt sich auf dem Arbeitsmarkt aus. Für Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke und Verkehrsunternehmungen geben die Städte jährlich 1870 Millionen Mk. aus. Mit dieser Summe werden die Werke ausgebaut, neue Maschinen beschafft usw. Für den Beschäftigungsgrad der deutschen Elektro- und Maschinenindustrie sind diese 1870 Millionen geradezu ausschlaggebend. Dr. Schacht verhindert also nicht nur allein die notwendigsten Aufgaben der Gemeinden, sondern er ruiniert auch führende Industrien. Daselbe gilt in erhöhtem Maße für die Bauwirtschaft. Die Gesamtaufräge der Gemeinden und Kommunalverbände beziffern sich jährlich auf etwa 5 Milliarden Mark, wovon etwa eine Million Arbeiter beschäftigt werden können. Dr. Schacht ist also auch verantwortlich zu machen für die Arbeitslosigkeit von Hunderttausenden von Arbeitern. Aber auch darin scheint System zu liegen. Die Furcht vor der

Arbeitslosigkeit soll die noch beschäftigten Arbeiter vom Kampf um die Verbesserung ihrer Lebenslage abhalten. Der erarbeitete Mehrwert infolge der Rationalisierung soll nach den Wünschen der Kapitalisten nicht den arbeitenden Menschen, sondern restlos den Kuponabschneidern zufließen. Die wachsende Arbeitslosigkeit gefährdet aber auch den Bestand der Sozialversicherung, insbesondere übt diese einen harten Druck auf die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung. Wir fordern Erhöhung der Kaufkraft und Verkürzung der Arbeitszeit und werden um diese unsere Forderungen trotz Arbeitslosigkeit und härtestem Widerstand der Unternehmer und ihrer Söldlinge zu kämpfen wissen. Die deutsche Arbeiterbewegung, die in der Nachkriegszeit so manchen harten Schicksalsschlag überstanden und pariert hat, wird auch mit dem eigentlichen Urheber der neuen Schwierigkeiten fertig werden. Das Gebot der Stunde ist Aenderung des Reichsbankstatuts und die Enthebung Dr. Schachts von seinem Posten als Reichsbankpräsident.

J. Orlopp.

Zur Wahl der Betriebsvertretungen

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen für das Jahr 1930 müssen im März/April durchgeführt werden. Bei der großen Bedeutung, die die Betriebsvertretungen für die Arbeitnehmer haben, ist die allergrößte Sorgfalt auf Vorbereitung und Durchführung der Wahl zu legen. Schon jetzt ist deshalb in allen Versammlungen und sonstigen Zusammenkünften unserer Mitglieder zu den Wahlen Stellung zu nehmen.

Seit zehn Jahren besteht das Betriebsrätegesetz, und immer noch ist eine Anzahl von Betrieben ohne Betriebsvertretungen. Die Belegschaften solcher Betriebe müssen in den kommenden Wochen ganz besonders bearbeitet werden. Bei richtiger Aufklärung werden sie das Falsche ihrer Handlungsweise einsehen. Nichtwahl einer Betriebsvertretung bedeutet Verzicht auf alle Rechte aus dem Betriebsrätegesetz, bedeutet Alleinherrschaft des Unternehmers im Betriebe. Mitbestimmungsrecht der Belegschaft und Entlassungsschutz existiert dann nicht. Die Ueberwachung der Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften und die Durchführung und Einhaltung der Tarifverträge durch die Betriebsvertretung ist nicht möglich, ebenso nicht die Schaffung von Arbeitsordnungen und Dienstvorschriften. Diese Tatsachen müssen neben anderen den nachlässigen Belegschaften immer wieder vorgehalten werden. Es darf zukünftig im Bereich des Gesamt-Verbandes keinen Betrieb, in dem die Voraussetzungen dazu vorhanden sind, ohne Betriebsvertretung geben.

In früheren Jahren war das Zustandekommen der Betriebsvertretung in starkem Maße von dem Verhalten des Arbeitgebers abhängig, da dieser erstmals den Wahlvorstand bestellen mußte. Kam der Arbeitgeber seiner Pflicht nicht nach, unterblieb in vielen Fällen die Wahl. Nach der Abänderung des § 23 BRG. im Jahre 1928 ist die Bestellung des Wahlvorstandes nicht mehr vom guten Willen des Arbeitgebers abhängig. Bestellt dieser in solchen Betrieben keinen Wahlvorstand für die Wahl eines Betriebsrats bzw. keinen Wahlleiter für die Wahl eines Betriebsobmannes, so muß die Bestellung des Wahlvorstandes bzw. Wahlleiters auf Antrag eines oder mehrerer wahlberechtigter Arbeitnehmer oder der Ortsverwaltung der zuständigen Gewerkschaft durch den Vorsitzenden des Arbeitsgerichts erfolgen. Auch die Gewerbeaufsichtsbeamten sind zu dieser Antragsstellung berechtigt. Die Wahl muß in solchem Fall um so mehr durchgeführt werden, als nach der Aenderung des § 95 BRG. Wahlvorstand und Kandidaten einen verbesserten Entlassungsschutz genießen.

Dort, wo bisher schon eine Betriebsvertretung bestand, muß diese spätestens 4 Wochen vor Ablauf ihrer Amtszeit den Wahlvorstand und dessen Vorsitzenden wählen. Falls die alte Betriebsvertretung oder der Arbeitgeber dem nicht nachkommt, kann ebenfalls in oben erwähnter Form die Bestellung des Wahlvorstandes durch das Arbeitsgericht beantragt werden.

In den Betrieben, in denen nach § 2 BRG. nur ein Betriebsobmann zu wählen ist, ist an Stelle des Wahlvorstandes ein Wahlleiter zu bestellen. Die Bestellung desselben erfolgt durch den bisherigen Betriebsobmann, spätestens eine Woche vor Ablauf seiner Wahlperiode. War bisher kein Betriebsobmann vorhanden, ist der Arbeitgeber verpflichtet, den Wahlleiter zu ernennen (§ 58 Abs. 2, § 23 Abs. 2 BRG.). Auch in diesem Falle kann, wenn sich der bisherige Betriebsobmann bzw. der Arbeitgeber weigert, den Wahlleiter zu bestellen, die Hilfe des Arbeitsgerichts in Anspruch genommen werden.

Besonders sei hier noch darauf verwiesen, daß auch der Betriebsobmann ebenso wie der Betriebsrat in geheimer Wahl von den wahlberechtigten Arbeitnehmern des Betriebes zu wählen ist (§ 34 der Wahlordnung). Jede Wahl, die nach einem anderen Wahlmodus erfolgt, ist ungültig.

Noch einiges zur Aufstellung der Kandidaten. § 1 BRG. verlangt vom Betriebsrat die Wahrung der Arbeitnehmerinteressen. Weiter soll er dem Arbeitgeber bei Erfüllung der Betriebszwecke unterstützen und alle sonst im BRG. für ihn vorgesehenen Aufgaben erfüllen. Letzteres gilt auch für den Betriebsobmann. Gesetzeskenntnis und Berufstüchtigkeit sind daher neben der Gewerkschaftszugehörigkeit die ersten Erfordernisse für Betriebsrats- und Betriebsobmannskandidaten. Jedes Betriebsvertretungsmitglied muß sich der Verantwortung, die es mit der Uebernahme eines solchen Mandats übernimmt, bewußt sein. Deshalb sind nur wirklich befähigte und gewerkschaftlich gut durchgebildete Kollegen vorzuschlagen.

Die Vorschlagslisten dürfen nur freigewerkschaftliche Kandidaten enthalten, die auch die Gewähr bieten, daß sie die Interessen der Belegschaftsmitglieder vertreten. Von allen unseren Verbandsmitgliedern, die bisher bereits in Betriebsvertretungen tätig waren und darüber hinaus von allen Kolleginnen und Kollegen, die die Eignung dazu besitzen, erwartet der Verbandsvorstand, daß sie sich bei den Wahlen zur Verfügung stellen. Nur Mitglieder des Gesamt-Verbandes dürfen auf die Listen. Sind mehrere freigewerkschaftliche Verbände im einzelnen Betriebe zuständig, so müssen sich dieselben wegen der Aufstellung der Kandidaten untereinander verständigen. Verbindungen mit anderen als freigewerkschaftlichen Organisationen einzugehen, ist unzulässig.

Auf keinen Fall dürfen politische Listen zur Aufstellung gelangen. Die Kommunistische Partei wird jedenfalls bei den diesmaligen Wahlen die allergrößten Anstrengungen machen, um ihre Parteiuppe ans Feuer zu rücken. Den Gewerkschaften sollen in jedem Falle kommunistische Vorschlagslisten gegenübergestellt werden. Die KPD. scheut sich nicht zu empfehlen, Unorganisierte, Gelbe und sonstige „Ausharbeiter“ auf ihre Listen zu setzen. Zweck und Ziel dieses Vorgehens ist, die Arbeiter zu verwirren und zu zersplittern, unsere gewerkschaftliche Arbeit zu stören und dadurch dem Unternehmertum in die Hände zu arbeiten.

Verbandsmitglieder, die dieses Vorgehen der KPD. nach irgendeiner Richtung unterstützen oder sich etwa gar auf einer kommunistischen Gegenliste aufstellen lassen, haben mit dem Ausschluß aus dem Verbandsverbande zu rechnen.

Kolleginnen und Kollegen! Trotz und alledem an die Arbeit! Leitet zur gegebenen Zeit die Wahlen ein und führt sie durch! Wendet euch bei auftretenden Schwierigkeiten an eure Ortsverwaltung! Setzt alle eure Kraft ein, um den freigewerkschaftlichen Gedanken zum Siege zu verhelfen! Agitiert und werbt auch bei den Wahlen für die Idee unseres Gesamt-Verbandes! Sorgt dafür, daß die Stärke unserer Organisation auch in der Zahl der gewählten Betriebsvertretungsmitglieder zum Ausdruck kommt! Durch Kampf zum Sieg!

E. Riedel.

Wintersport

Wintersport und Arbeiterschaft

Lieber Leser! Es ist ein gewagtes Unterfangen, in dieser Zeit des Frühlingwitters, das wir Mitte Januar 1930 in fast allen Gauen Deutschlands haben, eine Propaganda für den Wintersport zu machen. Denn jeder kann mit Recht fragen: Wozu die graue Theorie, wenn der weiße Schnee fehlt! Der Wintersport erfordert insbesondere für die Arbeiterschaft allerhand Vorbereitungen und Notwendigkeiten, als da sind: besondere Kleidung, Ausrüstung mit Sportgeräten usw. Es erscheint vielleicht auch notwendig, noch einmal grundsätzlich in den Vordergrund zu rücken, daß die Arbeiterschaft viel mehr Wintersport als bisher treiben muß. Vielfach gilt in unseren Reihen noch die Auffassung, daß Wintersport eine Angelegenheit der Reichen sei, die vorwiegend in den Schweizer Gefilden, um Davos herum, sich abspiele mit dem bekannten mondänen Luxusbetrieb, der jährlich viele Hunderttausende von Mark verschlingt, die schließlich auch zur Kapitalbildung verwandt werden könnten. Aber unser Unternehmertum und seine Sprößlinge sind in unseren Tagen ganz besonders „großzügig“, und ihr privater Bedarf auch auf diesem Gebiete ist so ungehemmt, daß nur einschneidende Maßnahmen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete hier Wandel schaffen könnten. — Das alles darf uns aber nicht abschrecken und vor der Erkenntnis halt machen lassen, daß Wintersport eine ungemein wichtige Angelegenheit aller Arbeitnehmer ist; denn gerade im Zeitalter der Rationalisierung und der äußersten Anspannung unserer Nerven- und Körperkräfte ist der Ausgleich um so mehr erforderlich. Und um so erfreulicher ist es auch, daß weite Kreise der Jungarbeiterschaft sich um den Wintersport zu scharen beginnen. — Einen wahren Siegeszug hat in den letzten Jahren der Schneeschuhlauf angetreten. Die Arbeiterturn- und -sportvereine, insbesondere ihre Wintersportgemeinschaften, haben in planmäßiger Arbeit es sich angelegen sein lassen, dieser schönsten aller Sportarten die Wege zu bahnen. Das ist nicht so ganz einfach; denn einmal erfordern Kleidung und Geräte erhebliche Ausgaben, und zum andern ist oftmals, besonders von der norddeutschen Tiefebene aus, eine längere Reise ins Skigebiet erforderlich. Es wächst zwar die Zahl der Jugendämter, die alljährlich neben den Trockenkursen auch verbilligte Kurse in ein Skigebiet verlegen. Ebenso sind insbesondere die Gruppen der „Naturfreunde“ auf den Wintersport in ihren Häusern vorzüglich eingerichtet. Im Riesengebirge ist in den Dezember- und Januarmonaten der Wintersport ein sehr gewagtes Unterfangen, weil Sturm und Nebel fast ständig in Kammerhöhe haufen und somit den Sport zu einem recht problematischen Vergnügen machen. Hier sollte nicht vor Anfang Februar der Wintersport betrieben werden, wo er bei schönem Höhen Sonnenschein eine wahrhaft reine Freude gewährt.

Günstiger liegen die Verhältnisse natürlich in Süddeutschland, insbesondere in Oberbayern und auch im Schwarzwald, welche letzterer in diesem Jahre bis jetzt leider dauernd von Föhnwinden überstrichen wurde und daher keinen rechten Wintersport aufkommen ließ. Aber auch dieses Bild kann sich in wenigen Tagen wandeln. Und so möchten wir uns darauf beschränken, anfeuernd allen unseren Jungkollegen und Sportgenossen zu raten, sobald die Schneelage günstig ist, sich unverzüglich mit den Brettern zu bewaffnen, um wenigstens einige Wochenendfahrten (Sonnabend-Sonntag) ins Skigebiet zu unternehmen.

Der Preis für Schneeschuhe hat sich dank der Einflüsse des Arbeitersports in den letzten Jahren etwas verbilligt. Die Bindung ist vereinfacht worden, und auch die Technik hat mittlerweile nach jahrelangen Experimenten über Stell- oder Hochabfahrten zugunsten der letzteren sich entschieden. Wer einmal an einem

Trockenkurs teilgenommen hat, wird im Gelände die erhebliche Erleichterung zu schätzen wissen, die ihm damit geboten ist. Insbesondere wird er bei praktischer Anwendung des Stemmbogens, den er in wenigen Tagen auch in der Praxis beherrschen lernen kann, ein so vorzügliches Brems- und Hilfsmittel bei Abfahrten haben, daß die Unfallgefahr dadurch erheblich vermindert wird. Unsere Naturfreunde haben ja in der Regel erfreulicherweise nicht den Ehrgeiz, allerhand Schnellaufrekorde zu schaffen oder am Uebungshügel in ewiger Wiederholung herabzurutschen, um bei oft ergebnislosem Bemühen die Kristiania- oder Telemarkschwünge herauszubekommen. Gewiß sind beide im Hochgebirge, insbesondere in den Alpen, sehr notwendige Brems- und Hilfsmittel bei den Abfahrten, genau so wie bei dem Quersprung, der aber doch eine ziemliche Vorübung erfordert und auch nur von einem geringen Prozentsatz, selbst der jugendlichen Käufer, stillgerecht erreicht wird. —

Noch kleiner ist der Teil der Schneeschuhfahrer, die wirkliche Schneeschuhspringer werden. Wenn man nun heute von imposanten Leistungen von 70-Meter-Springern liest, so muß man sich immer in Erinnerung bringen, daß das sozusagen akrobatische Kunststückchen sind, ähnlich der Riesenwelle am Beck und anderen artistischen Spitzenleistungen. Der Normalschneeschuhläufer, insbesondere auch die Arbeiterportler, werden vielmehr mit Hilfe des Skis ihrer Freude am Winterwandern frönen können, und die mitunter mühenollen Aufstiege mit den Skiern finden dann ihre reiche Belohnung bei den prachtvollen Abfahrten, sei es in Schußfahrten, sei es in Schlangenlinien mit Hilfe des Stemmbogens. Wer diesen Stemmbogen einigermaßen beherrscht, wird sich auch sicher fühlen auf den Höhenstraßen mit den zahlreichen Kurven. Man kann insbesondere im Schwarzwald tagelang immer wieder neue Touren von einem Naturfreundehaus zum andern machen, ohne daß man allzuoft die bekannte Hotelindustrie mit ihren unverschämten Preisen in Anspruch zu nehmen braucht. Hat



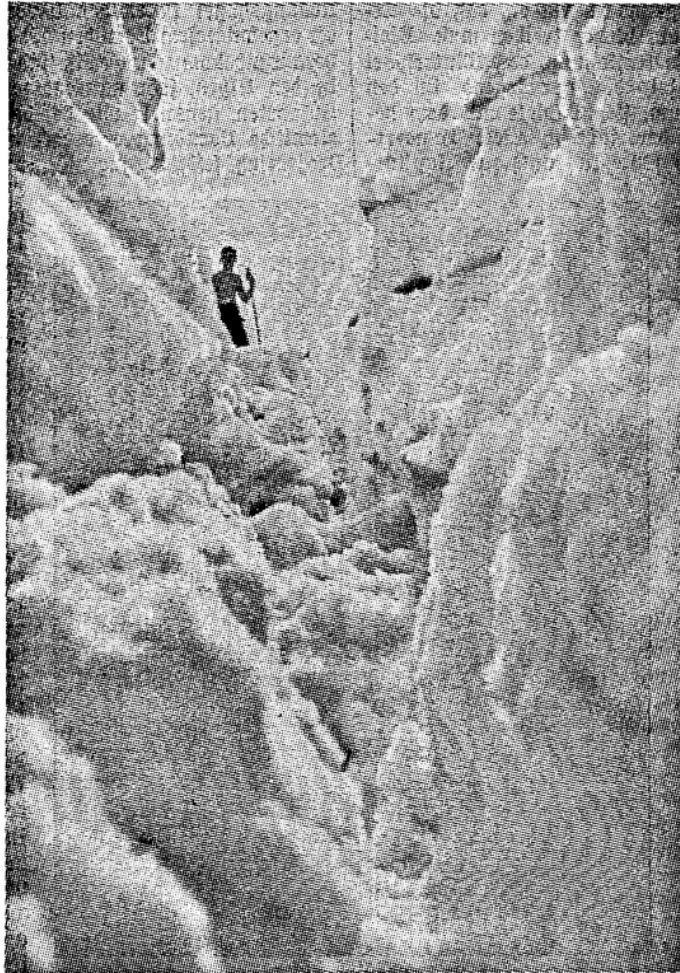
Winterpracht

man, wie sich das für einen echten Arbeiterportler gehört, etwas Proviant im Rucksack, die Windjacke und einen Sweater dazu, so ist man unabhängig von diesem Betrieb, der in manchen Gegenden (insbesondere auch in den deutschen Bänden des Riesengebirges) zu einem wahren Tanz- und Sporttrummel ausgeartet ist. Sollten sich also in den nächsten Tagen größere Schneemengen auf unsere Mutter Erde niederlassen in den verschiedenen Gebieten, so müßte jeder Tag ausgenutzt werden. Wir möchten insbesondere auch den Jungmannen unserer Berliner Kollegenenschaft raten, nicht nur die Sehnsucht in die Ferne zu haben, wo das Gute zum Teil so nahe liegt. Da sind nämlich der Grunewald, die Ravensberge bei Potsdam, der Fläming usw., wo man sich nach Herzenslust tummeln kann und wo jeder Skifahrer viel Freude erlebt. Also Ski frei!

Für unsere wintersportbefähigte Jugend aber sei noch daran erinnert, daß Skifahren bei mangelnder Dorfsicht ein sehr gefährlicher Sport ist. Und doch steht derjenige Wintersport, der in den Großstädten allgemein so beliebt ist, nämlich das Rodeln, den Unfallsziffern nach an erster Stelle. Dabei vollzieht sich in der Nähe der Großstädte das Rodeln meist in völlig unregelmäßiger Weise, wie z. B. in der Nähe von Berlin auf dem Kreuzberg, in den Müggelbergen usw. Hier ist die Unfallhäufigkeit deswegen so groß, weil das planlose Durcheinander in der Abfahrt allzuoft Zusammenstöße der Rodelschlitten und Bobs mit sich bringt. Ja, die verschiedenartige Schnelligkeit der kleineren leichten Schlitten und der schweren großen Bobs, die eigentlich auf solchen Bahnen überhaupt verboten sein sollten, führt häufig zu schweren Unfällen, Knochenbrüchen usw. Hier ist also besondere Dorfsicht am Platze.

und so schön das Rodeln ist, möchte man doch jedem Rodelfahrer zuzurufen: Kreuz (bleib) Heil!

Und nun noch ein paar Worte zum Eislauf, der zu den schönsten Wintersportarten gehört. Hier hat unsere Schule jahrelang insofern gesündigt, als sie keine systematischen Unterrichtsstunden, vielleicht, in Ergänzung oder an Stelle des Turnens, ansetzte für den Eislauf. Wohl kann man auf den gegossenen künstlichen Eisbahnen der Großstadt oft beobachten, wie sich die lustige Menge der höheren Schüler und Schülerinnen in elegantem Bogen tummelt und fleißig die Acht usw. trainiert. Unter den Volksschülern sind aber meist sehr wenige, die den herrlichen Kunstlauf pflegen, weil sie der Anleitung entbehren. Einige Städte, so z. B. Berlin-Kreuzberg, sind in den letzten Jahren mit planmäßigem Unterricht, auch für die Volksschüler, mit gutem Beispiel vorangegangen. Mögen sie bald zahlreiche Nachahmung finden. Denn auch der Eislauf wird erst zu einem wirklich schönen kunstgerechten Vergnügen, wenn man neben dem gewöhnlichen sicheren Laufen und dem Schnelllauf die Technik des Kunstlaufs pflegt. Dieser Kunstlauf bietet ungewöhnliche Variationen und Möglichkeiten und es ist nicht nur eine Freude für den Kunstläufer selbst, sondern viele Menschen sehen oft stundenlang den Kunstläufern zu, obwohl ihnen mittlerweile die Beine dabei kalt werden. Es versteht sich am Rande, daß der richtige Arbeitersportler die passive Sportteilnahme, d. h. das Zuschauen in der Arena beim Berufssport und beim Rekordsport, als im allgemeinen minderwertig anseht. Wichtig ist aktiver Sport, Selbstteilnahme sowie Teilnahme an den Gemeinschaftssportveranstaltungen der Arbeiterschaft. Das erhöht nicht nur die Freude an dem Beginnen, sondern stärkt auch die Disziplin und innere Verbundenheit, die gerade in den Momenten der Gefahr, die auch im Skisport noch nicht ganz auszuschalten sind, eine besondere Beachtung verdienen. Und nun „Frischlauf“ und allen unseren Winter Sportlern ein herzliches „Winter sport - Frei!“



Erzgebirge — Schneegasse

Der Sport des Dierzigers

Allerlei kleine Vorkommnisse erinnern den, der sich der Dierzig nähert, in unliebsamer Weise daran, daß seine Jugend zu Ende geht und er sich auf dem absteigenden Ast des Lebens befindet. Die drei Stockwerke seines Hauses zu erklimmen, kommt ihm plötzlich mühevoll vor, besonders wenn er es eilig hat, und als er neulich der Elektrischen nachließ, erreichte er sie zwar noch, aber der Atem ging ihm fast aus, und sein Herz klopfte gar so heftig . . . und die paar Glas Wein und die Zigarren am Sonnabendabend, die ihm doch nie etwas getan hatten, brachten ihm die letzten Male stets einen Kater. Der Dierziger entdeckt plötzlich, daß sein Körper, der ihm bisher von selbst gehorcht und an den er kaum je gedacht hatte, seinen eigenen Willen hat. Es hilft daher alles nichts: man muß sich nunmehr des Körpers annehmen und etwas für ihn tun!

Das Verkehrteste wäre, wenn der Dierziger, der bisher noch keine Körperkultur getrieben hat, sich ohne Ueberlegen einer ganz beliebigen sportlichen Gemeinschaft in die Arme werfen würde, vielleicht nur, weil er bei dieser gerade Freunde und Bekannte hat oder irgendwelche andere äußere Zufälligkeiten mitspielen. Das kann sich ein Jugendlicher leisten, dessen Körper noch über ein unerschöpfliches Reservoir an Kraft und Elastizität verfügt. Der Dierziger muß individuell vorgehen und sich erst einmal

fragen: Was kann ich mir überhaupt zumuten? Wie ist die Veranlagung und Struktur meines Körpers, und welche besonderen Schwächen und Leiden desselben schließen diese oder jene Art körperlicher Betätigung von vornherein aus? Verkehrt wäre es ferner — und dies gilt besonders für das große Heer der Geistesarbeiter und aller derer mit sitzender Lebensweise — seinen Alltag von heute auf morgen nach dem Rezept „Diel hilft viel“ umzustellen; der Körper würde es sehr übelnehmen, wollte man ihm plötzlich ein Zudiel an Ausarbeitung zumuten, deren man ihm lange Jahre hindurch entwöhnt hat! — Es gilt also, zunächst den Körper zu lockern und zu entspannen, die im Zustande eines

gewissen Verkrampftheits befindliche Muskulatur zu dehnen, die Gelenke zu lösen. Man beginne daher mit täglichen Atmungsübungen vor dem offenen Fenster, an die man einfache Freiübungen anschließt. Freilich fehlt diesem Zimmerturnen eins: das Belebende, und gerade von diesem Moment muß der Sport des Dierzigers getragen sein! Man gehe daher nach einigen Wochen zu Gemeinschaftsübungen in Form leichter rhythmischer Gymnastik über. Die Ausführung der Übungen nach dem Rhythmus der Musik oder des Gongschlags belebt ungemein, schüttet aber auch besonders den Nerven vor zu häufiger Ausübung und damit vor Ueberanstrengung; dazu kommt, daß das Gesellschaftliche Freude an der Fortsetzung weckt und durch Scherz und Unterhaltung mannigfach anregt. Ueberhaupt muß der Dierziger noch viel mehr als der Jugendliche darauf sehen, daß sein Sport ihm ein gerüttelt Maß Lebensfreude einträgt, ihn innerlich erhebt und seelisch erneuert. Das braucht er von Jahrzehnt zu Jahrzehnt in höherem Maße. Denn nur aus Freude und Fröhlichkeit quillt jenes gehobene Daseinsgefühl, jener innere Schwung seines Jäh, von dem aus er auch als Alternber alltätig die Widerverdroffenheit zu meistern vermag! Sein Sport soll also den

Körper entspannen, soll Stunden körperlichen und seelischen Ausruhens bringen, die wieder froh machen zu neuer Tätigkeit und ein Gegengewicht zur nervösen Reizbarkeit und zur Ueberarbeitung bilden. Starke geistige Arbeit ermüdet ja nicht nur das Gehirn, sondern lähmt auch die Muskeln, und umgekehrt beeinflusst jede körperliche Anstrengung ungünstig die Energie des Gehirns und des Denkens. Besonders der Geistesarbeiter vermeide es deshalb, seinen Sport bis zu Ermüdungserscheinungen fortzusetzen; damit würde er sich nur schaden. Von dem Moment an, wo die beginnende Ermüdung mit Energie bekämpft wird, hat die sportliche Betätigung für den Dierziger ihren Sinn verloren. Daß daher der Kurzstreckenlauf, anstrengende Muskelübungen, jede auf Rekordleistung hinzielende Betätigung, ferner alle Übungen, die starke geistige Konzentration erfordern — z. B. schwieriges Geräteturnen, die Arten des modernen Tanzes, das Fechten — verfehlt sind, bedarf keines Wortes. Ueberhaupt bedenke der Dierziger, daß er in erster Linie dem Herzen, der Lunge und der Hautpflege dienen muß, erst in zweiter Linie Knochen und Muskeln! Der sagt das Herz, dann ist auch ein kräftiger Körper wertlos, und die lebenswichtige Funktion der Hautdrüsen erhellt schon daraus, daß die Haut über zwei Millionen Schweißdrüsen besitzt, die durch ihre Tätigkeit den Körper entgiften und die Nieren entlasten. Maßvolles Bergsteigen und maßvolles Schwimmen sind daher besonders zu empfehlen; letzteres vereinigt Gymnastik, Hautpflege durch Wasser, Luft und Sonne, Förderung des Blutkreislaufes und des Stoffwechsels in glücklicher Weise und ist das beste Mittel, den Alterserscheinungen vorzubeugen. Dr. K. W e i ß e l

Der gesundheitliche Wert des Wintersportes

Der Wintersport ist so recht ein Kind unserer Zeit. Wer als erwachsener Mensch es vor dreißig Jahren zuerst wagte, auf einem Schlitten einen Hang hinabzufahren, wurde als kindisch verlacht, und wer in Norwegen unsere „Breiter, die die Welt bedeuten“, kennengelernt hatte und es unternahm, im Winter damit ins Gebirge zu ziehen, dem wurde ein baldiger Tod an einer Lungenkrankung vorausgesagt. Lediglich der Schlittschuhlauf hatte vermocht, sich bei uns Boden zu erobern, nachdem ihn Ende des 18. Jahrhunderts Klopstock und Goethe besungen hatten. Das hat sich in dem verflochtenen Menschenalter grundlegend geändert. In einem nicht mehr aufzuhaltenden Siegeszug hat sich der Wintersport, so wie wir ihn heute ausüben, allenthalben Bahn gebrochen. Zuerst auch von Aerzten noch heftig befehdet, wird seine Ausübung jetzt sogar oft ärztlich angeraten. Woher kommt dieser Umschwung?

Mehrere Faktoren sprechen hierbei mit. 1906 hatte der Schweizer Arzt Kolliker unter allgemeinem Aufsehen begonnen, Tuberkulöse Sommer und Winter im Freien Liegekuren machen zu lassen, und er hatte glänzende Erfolge. Er ist es, dem auf Grund der hierauf aufgebauten Forschungsergebnisse und neuen Anschauungen auch der Aufschwung des Wintersportes mit zu danken ist. Der eine Faktor ist die weitaus größere Kraft der Sonne im Gebirge überhaupt. Es fehlt hier die Dunstschicht, die stets über der Ebene lagert und welche die Sonne an der vollen Entfaltung ihrer Kraft hindert. Und wenn auch die Sonne sich $2\frac{1}{2}$ Millionen Kilometer von uns befindet, so ist doch auf diesem Weg solange ihre Kraft ungebrochen, bis die Strahlen in unsere Atmosphäre eindringen. Dieser Luftmantel, der die Erde umgibt, hat zwar eine Dicke von etwa 40 Kilometer, derjenige

Teil aber, der praktisch der Sonne noch einen Durchdringungswiderstand entgegensetzt, hat nur 10–12 Kilometer Mächtigkeit.

Jede 120 Meter also, die wir uns über die Ebene erheben, bringt uns, grob gerechnet, 1 Proz. mehr Sonnenenergie. Während aber im Sommer uns die Strahlen der Sonne nur von oben treffen, werden sie im Winter von den glitzernden Schneekristallen und dem Eise wie von Millionen kleinster Spiegel reflektiert und treffen uns nunmehr von allen Seiten. Die Wirkung vervielfacht sich also. Daraus erklärt sich auch das Auftreten von Sonnenbrand im Winter, daraus erklärt sich die Tatsache, daß es im strengsten Winter im Gebirge ohne weiteres möglich ist, im Badeanzug jeden Sport zu treiben — natürlich nur, soweit das Gebiet der Sonnenstrahlen reicht. Kann man doch im Hochgebirge unmittelbar nebeneinander Temperaturen von 30 Grad Wärme in der Sonne und von 30 Grad Kälte im Schatten messen.

Von diesen günstigen Bedingungen ziehen selbstverständlich nicht nur die sichtbaren Strahlen der Sonnenstrahlung — des Sonnenpektrums — Vorteil, sondern vielleicht noch mehr die unsichtbaren. Hierzu gehören die ultraroten oder Wärmestrahlen, von denen soeben die Rede war, und vor allem die ultravioletten oder chemisch wirksamen Strahlen. Jeder Photograph weiß, mit wie außerordentlich kurzer Belichtungszeit er im Hochgebirge und vor allem im Winter auskommt. Genau so intensiv wie auf die photographische Schicht wirken die winterlichen Sonnenstrahlen auf unsere Haut. Sie regen diese, welche ein Organ mit Eigenleben ist, zu starker Tätigkeit an, sie dringen aber auch durch sie hindurch in die feinen sie versorgenden, unmittelbar unter ihr liegenden Blutgefäße. Unter ihrem Reiz vermehren sich die roten Blutkörperchen, vermehrt sich der Blutfarbstoff. Dadurch wird das Blut befähigt, besser als bisher den ganzen Körper mit dem lebenswichtigen Sauerstoff zu versorgen. Sämtliche Organe werden

besser ernährt und gekräftigt. Alles das genügt aber noch nicht zur Erklärung der glänzenden gesundheitlichen Wirkung des Wintersportes. Diese besteht ja nicht nur im Hochgebirge, sondern, wenn auch etwas schwächer, im Mittelgebirge und in der Ebene. Es müssen also noch andere Faktoren mitspielen.

Der eine ist sehr leicht und schnell zu erklären. Es ist die Wirkung der Kälte. Der Mensch ist ein Warmblütler, eine Wärmekraftmaschine. Um dauernd seinen Körper auf einer Temperatur von 37 Grad Celsius zu erhalten, muß er Nahrungstoffe zu sich nehmen, die er mit Hilfe des Luftsauerstoffes verbrennt. Je kälter es ist, desto mehr Nahrungstoffe verbraucht er, desto größer wird unser Hunger. Man darf sich nun aber den Stoffwechsel nicht so vorstellen, als ob die zugeführten Nahrungstoffe sofort zur Erhaltung der Körperwärme verbraucht würden. Der

Körper greift zuerst seine eigene Substanz an und ergänzt diese dann aus den Nahrungsmitteln. Je stärker der Stoffwechsel ist, desto mehr Körpermasse wird abgebaut und wieder frisch aufgebaut. Der ganze Körper wird also auf diesem Wege allmählich einer Erneuerung unterzogen. Der gesetzte Reiz dazu wirkt meist wochenlang nach und bewirkt Gewichtszunahme noch nach Schluß der Sportperiode. Und schließlich zum Schluß, aber nicht als zu vernachlässigender Faktor: die große Reinheit gerade der Winterluft sowohl in der Ebene als im Gebirge. In den anderen Jahreszeiten findet sich überall auf der Erde Staub. Bei jedem Windhauch werden Teilchen davon in die Luft geweht und bleiben darin eine längere Zeit schweben. Die Ausdünstungen des Bodens, also gasförmige Stoffe, verschlechtern ebenfalls die unteren Luftschichten. (Denn diese Gase sind schwerer als die Luft, steigen

also nicht hoch.) Im Winter bedeckt der Schnee mit seiner weißen Decke Wald und Flur. Er hält den Staub gebunden, unterstützt darin von der Eisdecke. Sie verhindert auch die Feuchtigkeit der Flüsse und Seen am Verdunsten, außerdem nimmt kalte Luft überhaupt nicht soviel Feuchtigkeit auf wie warme. Die Luft im Winter ist also nicht nur die reinste, sondern auch die trockenste Luft des Jahres und daher bei vielen Erkrankungen — nicht allen — der Luftwege von heilender Wirkung.

Nicht vergessen werden darf die wohltätige Wirkung auf nervöse Menschen. Die weiße Schneedecke überzieht alles gleichmäßig, alle Einzelheiten verschwinden unter ihr. Das Auge des Großstädtlers, sonst von tausenderlei Einzelheiten abgelenkt, kann ausruhen. Alle Geräusche sind gedämpft: auch das Ohr hat Ruhe. Und diese Ruhe teilt sich bald allen Nerven mit. Die Konzentration auf den Sport selbst — die ja hier oft bringend nötig ist — wird dadurch erleichtert und die durch sie bedingte gewisse Nervenanspannung nur wohltätig empfunden, ja sogar durch die zwangsmäßige Konzentration ein seelisch-erziehender Einfluß ausgeübt. Selbstverständlich darf der Wintersport nicht wahllos von all und jedem betrieben werden. Befindet sich doch bei ihm der Körper nicht im Ruhezustand, sondern zu den Reizen, welche das Winterklima mit sich bringt, kommen noch die Reize der äußerst starken körperlichen Tätigkeit hinzu. Die im Gebirge dünnere Luft stellt stärkere Anforderungen an Lunge, Herz und Kreislauforgane als die Ebene. Jeder Wintersportler, der ernsthaft Sport treiben will, soll sich daher vorher von einem Sportarzt untersuchen lassen. Ist er aber für gesund befunden und wirft sich dem Wintersport und seinen Freuden in die Arme, so wird er bald dessen wohltätige Wirkung verspüren. Eine Woche Winterurlaub wird ihm dann mehr Erholung bringen als zwei Wochen Sommerurlaub.

Dr. Friedländer in „Allgem. Turn- und Sport-Zeitung“.



Winter im Spreewald

Zahlen über den Arbeitersport in Deutschland

Die Arbeitersportbewegung hat sich, wie die Sportbewegung überhaupt, nach dem Kriege ganz außerordentlich entwickelt, und das entfernteste Dorf hat heute einen Fußballklub usw. Die Zahl der Arbeitersportler ist dementsprechend auch außerordentlich gewachsen. Von einigen Hunderttausend ist sie im Jahre 1928 auf 1 200 000 gestiegen. Die bürgerliche Sportbewegung allerdings zählt demgegenüber fast 3 Millionen Mitglieder, und sicher ist das im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die bürgerliche Richtung dem Tagesgeschmack des sportbegeisterten Publikums mehr entgegenkommt als die Arbeitersportbewegung. Während wir es uns zur Aufgabe gemacht haben, Sport als ernste Erziehungsarbeit in den Leibesübungen zu betrachten, sieht die bürgerliche Richtung mehr auf Sensation im Wettkampf. Hinzu kommt noch die größere wirtschaftliche Macht der bürgerlichen Verbände. Der Sportbetrieb verlangt heute große Mittel, deren Aufbringung für die Arbeiterorganisationen ziemlich schwierig ist, und die Arbeitervereine müssen daher auf manche gute Gelegenheit zur erfolgreichen Werbung verzichten. In den ersten Jahren nach der Revolution, mitten in der Inflationszeit war der Mitgliederstand in fast allen Verbänden sehr hoch. Sofort nach der Stabilisierung trat aber ein erheblicher Abstieg ein gerade in den Verbänden, die die meisten Jugendlichen in ihren Reihen zählten. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund verlor beispielsweise in einem Jahre mehr als 100 000 Mitglieder und der Touristen-Verein „Die Naturfreunde“ fast 40 Proz. Seit dem Jahre 1927 haben sich die Dinge allerdings gewandelt und eine erfreuliche Besserung ist in der Entwicklung der Arbeitersportverbände eingetreten, so daß am Jahresluß 1928 die Rekordziffer des Jahres 1922 wieder erreicht war. Im Jahre 1926 konnte der Arbeiter-Turn- und Sportbund eine eigene Schule errichten, die über 1 Million Mark gekostet hat.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Gesamtmitgliedschaft der in der „Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege e. V.“ vereinigten Verbände nach dem Stande vom Jahresende 1928:

Arbeiter-Turn- und Sportbund	770 058
Arbeiter-Radsfahrer-Bund „Solidarität“	220 316
Touristen-Verein „Die Naturfreunde“	79 000
Arbeiter-Athleten-Bund	56 285
Arbeiter-Schach-Bund	12 167
Arbeiter-Samariter-Bund	40 793
Verband Volksgesundheit	15 793
Arbeiter-Schützen-Bund	5 110
Freier Segler-Verband	1 545

Gesamtmitgliederstand 1 199 027

Rund 80 Proz. des Mitgliederbestandes entfallen auf männliche und 20 Proz. auf weibliche Mitglieder. Der Anteil der weiblichen Jugend ist in den Arbeiterverbänden etwas stärker als in den ähnlichen bürgerlichen Sportvereinen. Leider aber scheiden die Erwachsenen aus den Arbeiterverbänden verhältnismäßig früh aus, was im Interesse des Nachwuchses in den Sportverbänden zu bedauern ist. Der Kampf um die Seelen der Jugend ist auch auf dem Gebiet des Sports entbrannt, und die Organisationen führen im Stillen einen Konkurrenzkampf, der sich in den sozialistisch und gewerkschaftlich denkenden Kreisen durchaus nicht immer günstig auswirkt.

Die Arbeitersportverbände bieten ihren Mitgliedern nicht nur die Möglichkeit der gesunden Leibesübungen, sondern sie sind auch für die Arbeiterbewegung von großer Bedeutung, und wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß nicht nur die jugendlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten, soweit sie in den betreffenden gewerkschaftlichen Organisationen zusammengefaßt sind, auch den Arbeiter-Sportverbänden sich anschließen müssen und nicht den bürgerlichen Sportvereinen, die einen ganz anderen Sinn und Geist in ihren Reihen pflegen.

Wärmeschutz im Winter

Eine der häufigsten Ursachen für die winterliche Erkältung bilden überheizte Räume; denn nur zu oft entstehen durch das Öffnen eines Fensters zum Zwecke des Temperatenausgleichs oder beim Hinaustreten aus dem überheizten Raum in das kalte Treppenhaus oder auf die Straße die verschiedenartigsten Erkältungen.

Der jetzige außergewöhnlich warme Winter steigert diese Gefahr noch mehr, da vielfach von den Heizern der Zentralheizung sowohl als auch von den Hausfrauen und Angestellten bei der Heizung weniger das Thermometer als vielmehr die Jahreszeit als maßgebend betrachtet wird.

Natürlich muß man wissen, welche Temperatur den einzelnen Räumen angemessen ist. Ein Raum, in dem man sich bewegt, muß eine andere Temperatur haben als ein Raum, in dem man bei der Arbeit sitzt oder in dem man zu schlafen pflegt. Ein Erwachsener braucht im allgemeinen weniger Wärme als ein Kind, ein Gesunder weniger als ein Kranker. Für einen Wohnraum sind 17 bis 18 Grad Celsius als angemessen zu betrachten, in den Schlafräumen gesunder, erwachsener Personen sollen nicht mehr als 13 bis 14 Grad Celsius herrschen. Die Wärme in den Arbeitsräumen richtet sich nach der Art der Beschäftigung. Für ein Krankenzimmer sind 17 bis 20 Grad Wärme zu fordern. Sehr wesentlich ist es, für die Erwärmung des Fußbodens zu sorgen, der, besonders wenn er über ungeheizten Räumen liegt, trotz an sich warmen Zimmers oft kalt bleibt und so leicht Gelegenheit zu kalten Füßen und damit wiederum zu Erkältungen geben kann. Hier werden Teppiche, Fußmatten oder eine über die Füße geschlagene Decke leicht entsprechende Abhilfe schaffen können.

Daß geheizte Räume einer ausreichenden Lüftung bedürfen, ist selbstverständlich. Leider wird auch hierin häufig zum Schaden unserer Gesundheit vielfach gesündigt. Häufigeres, kürzeres Lüften, am besten morgens und abends für je 10 Minuten, ist zweckmäßiger als ein einmaliges, längeres Lüften.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß vom gesundheitlichen Standpunkt aus das Schlafen bei offenem Fenster für gesunde, erwachsene Personen besonders empfehlenswert ist.

Zwei Professoren bedauern



„Solche prächtvollen Beispiele von Rückgratverkrümmungen bekommt man heute leider seltener und seltener zu sehen!

Das ist die Folge der sportlichen Betätigung. Herr Kollege!“

Aus „Der wahre Jacob“

Abteilung Reichs- und Staatsarbeiter im Gesamt-Verband

Es war ein guter Gedanke, bei der Gründung des Gesamt-Verbandes die Organisation nach Reichsabteilungen zu gliedern. Dadurch können natürlich immer nur im Rahmen der Satzungen und unter der strengen Beachtung des für den Gesamt-Verband geltenden Programms die sozialen Interessen der einzelnen Berufsgruppen und Betriebsbelegschaften in weitest gehendem Maße berücksichtigt werden.

Die Reichs- und Staatsarbeiter, die schon früher im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter eine eigene Reichssektion gebildet haben, erhalten wieder durch die Schaffung einer eigenen Reichsabteilung im neuen Verband eine Erweiterung ihrer Verbandsrechte durch die Wahl von unbeforderten Mitgliedern in die Reichsabteilungsleitung. Dadurch haben sie die dauernde Möglichkeit der praktischen Betätigung auch in der zentralen Verwaltung, was sicherlich von der gesamten Kollegenschaft sehr begrüßt werden dürfte. Nach dieser formalen Feststellung dürfte es nun angebracht erscheinen, in den nachfolgenden Zeilen einiges zu dem zu sagen, was unserer Kollegenschaft in den Reichs- und Staatsbetrieben in der nächsten Zeit bevorsteht, welche Aufgaben sie zu erfüllen hat und welche Wege nach unserer Meinung begangen werden müssen, um zu weiteren gewerkschaftlichen Erfolgen und zu einem weiteren Ausbau ihrer sozialen Lebensbedingungen zu gelangen?

Was steht uns bevor? Eine Finanzlage bei Reich und Staat, die mehr als trostlos genannt werden muß. Nicht durch unsere Schuld, nicht durch die Tatsache, daß die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter auch nur im entferntesten an diesem Kassenmanko Schuld hätten, ganz im Gegenteil, die Löhne, die heute noch bei Reich und Staat gezahlt werden, sind vielfach mehr als menschenunwürdig. Aber die außenpolitische Lage, verbunden mit einem ewigen Hängen und Würgen in der Reichsfinanzverwaltung auf der einen Seite und der Kampf eines mit ungeheurer Machtfülle ausgestatteten Reichsbankpräsidenten, hinter dem die gesamte Kapitalmacht Deutschlands steht, hat es dahin gebracht, daß Reich und Staat heute nicht mehr wissen, wie sie ihre dringendsten Bedürfnisse befriedigen sollen. Und nun hat die Sparjamkeitswut Regierungen und Parlamente in einer geradezu beängstigenden Weise gefangen genommen. Gerade jetzt, wo wir diese Zeiten niederzuschreiben, mehren sich täglich aus dem ganzen Reich in erschreckendem Maße die Mitteilungen über Arbeiterentlassungen; hauptsächlich jedoch aus dem Bereiche des Reichswehrministeriums. Weil im Etat einige hunderttausend Mark zu wenig vorhanden sind, wirft man Hunderte von Kolleginnen und Kollegen, die teils zehn, zwanzig und noch mehr Jahre dem Reich treu und brav gedient haben, auf die Straße und beraubt sie ihrer sozialen Rechte, auf die man sonst bei jeder Lohn- und Tarifverhandlung von der Gegenseite im Brüllen der Ueberzeugung hinzuweisen beliebt, um die Löhne niedrig zu halten. Damit haben wir aber zugleich den Finger auf unsere zurzeit schmerzendste Wunde gelegt und unserer Kollegenschaft auch gleichzeitig angebeutet, welche Aufgaben in der nächsten Zeit ihrer Erledigung harren.

Die Schaffung einer gesicherten Existenz wird das A und O unserer nächsten Aufgabe sein. Erst wenn wir diese haben, werden sich unsere tariflichen Abmachungen und unsere sozialen Einrichtungen: Urlaub, Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen, Ruhe-lohn- und Hinterbliebenenversorgung usw. zum Segen unserer Kollegenschaft auswirken können. Die Frage einer gesicherten Existenz ist heute für die deutsche Arbeiterschaft im allgemeinen und für die Reichs- und Staatsarbeiter im besonderen nur noch lösbar, wenn unverzüglich die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den Reichs- und Staatsbetrieben restlos durchgeführt wird. Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ist keine Saisonarbeitslosigkeit mehr, sondern eine Folge der technischen Entwicklung, die jeden Tag aufs neue Tausende von menschlichen Arbeitskräften überflüssig macht. Deswegen muß die deutsche Reichsregierung endlich den Mut aufbringen, wenigstens in dieser Frage einmal führend voranzugehen. Aber damit allein ist es nicht getan. Unsere Reichs- und Staatsarbeiter müssen auch leben

können. Die Löhne müssen, sobald es die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse Deutschlands auch nur einigermaßen erlauben, grundsätzlich geändert und erhöht werden.

Daneben steht die Notwendigkeit des Ausbaues der Rechte unserer Betriebsvertretungen, Schaffung von neuzeitlichen Arbeitsordnungen in den Betrieben und Verwaltungen des Reichs und der Länder, Richtlinien über Einstellung und Entlassung sind unbedingt zu vereinbaren. Vor uns stehen wiederum die Wahlen zu den Haupt-, Bezirks- und örtlichen Betriebsräten. Dafür zu sorgen, daß unser Einfluß in diesen Körperschaften ein immer größerer werde, wird sich die Reichsabteilungsleitung in ganz besonderem Maße angelegen sein lassen. Sollen diese Aufgaben aber auch nur einigermaßen zur Zufriedenheit unserer Kollegenschaft gemeistert werden, dann bedarf es in Zukunft noch einer weit intensiveren Agitation, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Es genügt nicht nur seinen Beitrag zu bezahlen und gelegentlich eine Versammlung zu besuchen, im übrigen aber unseren Vertrauensleuten und Betriebsräten die Arbeit allein zu überlassen. Auch die örtlichen und bezirklichen Verwaltungen der Organisation oder gar die zentrale Leitung sind nicht in der Lage, alles allein zu bewältigen. Jeder einzelne muß an seinem Platz Agitator sein, werbend und fördernd für unseren Gesamt-Verband im allgemeinen und für unsere Reichsabteilung im besonderen. Je größer und geschlossener die Zahl der Kämpfer, um so erfolgreicher dieser Kampf. In diesem Kampf bietet uns der Verband ja nicht nur seine organisatorische Unterstützung, sondern er ist uns auch eine Stütze, wenn Krankheit, Unfall, Erwerbslosigkeit einmal an uns herantreten. Durch die Einführung unserer Invalidenunterstützungskasse sorgt die Organisation aber auch noch über die Zeit hinaus für ihre Mitglieder, wenn sie einmal nicht mehr in der Lage sind, gegen Lohn ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Alle

diese Einrichtungen sind ein Musterbeispiel für die in der Praxis betriebene Solidarität und den sozialen Wert, der unserer Gesamtbewegung anhaftet.

Noch einige Worte zum Organisationsaufbau der Abteilung. Man hat ihr aus Zweckmäßigkeitsgründen auch die Organisation sämtlicher Arbeitnehmer in den Theatern und Lichtspielhäusern übertragen. Für die vor der Verschmelzung dem Deutschen Verkehrsbund angehörenden Kollegen mag es noch von besonderer Wichtigkeit sein, zu wissen, daß ein Kollege aus ihren Reihen mit in die Reichsabteilung eingetreten ist. Der Wunsch der Reichsabteilungsleitung ist, im Verein mit den übrigen Gruppen der Reichs- und Staatsarbeiter des Gesamt-Verbandes eine gemeinsame geschlossene Front gegenüber unseren Arbeitgebern zu bilden. Geschlossen marschieren und gemeinsam schlagen, verbürgt in diesem Falle einzig und allein künftige Erfolgsmöglichkeiten. Einst organisatorisch in einer einheitlichen Gruppe vereint zu sein, ist unser Ziel. In diesem Sinne arbeiten wir in der Zentrale des Gesamt-Verbandes und rufen allen unseren Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen zu, mitzuarbeiten und dafür zu sorgen, daß die Anschläge eines mit ganzem Haß besetzten Unternehmertums gegen die Arbeitnehmer bei Reich und Staat zuschanden werden. Es ist kein Grund zu einer Panikstimmung vorhanden, wir haben schlimmere Zeiten durchgemacht und der so oft von Schwarzsehern prophezeite Weltuntergang wird nicht kommen. Vor allen Dingen werden wir uns aber in den Reichs- und Staatsbetrieben auch hüten vor den falschen Aposteln, die seit einiger Zeit mit ihren Parolen die Reichs- und Staatsarbeiter für ihre dunklen Pläne zu gewinnen suchen. Wir vertrauen nur unserer gewerkschaftlichen Organisation, wie wir das auch in der Vergangenheit getan haben. Für uns ist aber auch die restlose Zusammenfassung aller Reichs- und Staatsarbeiter im Gesamt-Verband nicht nur ein Schlagwort, sondern eine absolute gewerkschaftliche Notwendigkeit. Daß dieser Grundsatz überall anerkannt werden möge, ist unser Wunsch. D. Stetter.



Don Versailles zum Haag

Don Versailles nach dem Haag, im Zeitalter des Autos eine gar kurze Strecke, weltpolitisch betrachtet jedoch welch ungeheurer Weg — befähigt mit unermesslichem menschlichem Unglück. Läßt man heute seinen Blick rückwärts gleiten, so mühen die letzten zehn Jahre an wie ein Märchen. Und doch, trotz aller revolutionären Zuckungen, trotz aller Revolterungen, von denen unser Volk ergriffen war, begann das Jahr 1919 grau in grau. Hoffnungslos und trüb war die Zeit, der Glaube an die Zukunft dahin. Was war auch anders zu erwarten? Deutschland lag zertreten am Boden. Aus tausend Wunden blutete das Volk. Da kam der Friedensvertrag, der den einmal bestehenden Zustand zu „legalisieren“ gedachte.

Darf man heute mit Fug und Recht nicht sagen: was waren doch die Konstrukteure des „Friedenswerks“ von Versailles für Einfaltspinsel! Ihr Ziel war es doch, das Rad der Geschichte zurückzuschrauben. Ein vergebliches Bemühen. Unaufhaltsam sucht sich die Zeit ihre Bahn. Die Konferenz im Haag zeigt uns klar und deutlich, wie weit wir uns vom Geist von Versailles entfernt haben. Die Artikel des Friedensvertrages zerschellen einer nach dem andern. Ahnten das die deutschen Unterhändler, die im Sommer 1919 aus den Händen des Tigers, George Clemenceau, das Schicksalsbuch deutscher Geschichte entgegennahmen? Wohl kaum. Allgemein war ja auch der Gedanke: Deutschland könne unter Versailles nicht leben. Deutschland aber lebt, sein Wille zum Leben drückte langsam aber sicher das Versailles Werk beiseite. Wer will heute noch von Revision reden? Vollzieht sie sich doch unaufhaltsam, ohne Erwähnung des Wortes. Der Haag beweist es.

Freilich wurde vor und während der Haager Konferenz allerletzt Unwesen getrieben mit dem schönen Fremdwort „Sanktionen“, doch zeigen die angenommenen Protokolle, wie weit man sich von der Versailles Atmosphäre entfernt hat. Dem Statut vom Haag ist diese Atmosphäre fremd. Deshalb schrieb der englische „Manchester Guardian“ am 10. Januar:

„Selbst im Friedensvertrag sucht man vergebens nach dem Wort „Sanktion“. Nach Artikel 430 soll die Reparationskommission, falls Deutschland seinen Verpflichtungen bezüglich der Reparation nicht nachkommt, eine Feststellung machen, und nachdem das geschehen, können „die Alliierten und assoziierten Mächte Teile des Rheinlandes wieder besetzen“. Um aber zu einer solchen Feststellung zu kommen, ist vorerst nötig, daß die Reparationskommission existiert.“

In der Tat ist im Young-Plan kein Platz für die Reparationskommission. Sang- und klanglos verschwand sie in die Versenkung. Mit Recht schrieb der „Manchester Guardian“ in erwähntem Artikel:

„Die Frage, was geschieht, wenn Deutschland sich seinen Verpflichtungen mutwillig entzieht, ist weder theoretisch noch praktisch durch Bezugnahme auf die Artikel des Friedensvertrags zu beantworten. Betreffende Artikel sind tot, absolut tot und je eher das allgemein anerkannt wird, desto besser.“

Die Haager Beschlüsse bestätigen das. An Stelle der Reparationskommission ist die Internationale Bank für Reparationen getreten. Die Verträge regeln sich nun nach den Bedingungen des internationalen Verkehrs. Es herrscht der allgemein übliche Zustand zwischen Gläubiger und Schuldner. Die Form der deutschen und französischen Erklärungen sind weiter nichts als Verlegenheitsresolutionen. Monsieur Tardieu, die linke Hand Clemenceaus auf der Friedenskonferenz, muß zur Beschwichtigung seiner Nationalisten auf den Friedensvertrag pochen, was aber nützt das? Es sind Worte ohne Inhalt. Natürlich wollte man auch gegen die spaßhaften Bemühungen der Hugenberg und Konforten mit schwerem Geschütz auffahren. Ob diese Sippe die Druckerchwärze wohl wert ist?

Ueber den Young-Plan an sich soll in diesem Zusammenhang nicht gesprochen werden. Das Notwendige wurde auch in dieser Zeitschrift gesagt. In ihrer Verteidigung des Planes ließ die Gewerkschaftspresse keinen Zweifel darüber, daß das letzte Wort zu demselben noch nicht gesprochen ist. Das ist auch dem Auslande sehr wohl bekannt. Schrieb doch W. T. Cayton, Herausgeber der berühmten Zeitschrift „The Economist“ am 3. August v. J.:

„Offen gestanden ist es sehr fraglich, ob man Deutschland zwingen kann, die im Young-Plan aufgestellten Reparationszahlungen durch zwei Generationen zu leisten; wie wir aber durch unsere graphischen Zeichnungen veranschaulichten, liegt die Lösung des Problems gar nicht in Europa, sondern in Amerika.“

Zu genau denselben Schlußfolgerungen kam auch kürzlich der bekannte belgische Genosse Emile Vanderveelde, der in

einem Interview dem Berichterstatter des „Kasseler Volksblattes“ erklärte:

„Damit der Young-Plan nicht das letzte Wort in der Reparationsfrage sei, müsse man erreichen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika ihr letztes Wort in der Reparationsfrage noch sprechen...“ und weiter: „An dem Tage, wo die Vereinigten Staaten von Amerika, sei es die Annullierung der Schulden oder wenigstens eine Verminderung der alliierten Reparationen, zullehen, könnte der Young-Plan revidiert werden.“

Wahrlich eine Ungeheuerlichkeit ist es, daß mehr als zwei Drittel aller Reparationen zwangsläufig nach Amerika wandern. Amerika ist und bleibt der große Nutznießer der deutschen Reparationen. Und so liegt letzten Endes der Schlüssel der unheilvollen Reparationsfrage in Amerika. Durch den Young-Plan wird ganz deutlich das Reparationsproblem mit dem internationalen Kriegsschuldenproblem verknüpft. Das soll hier einmal an der englischen Stellung beleuchtet werden. Der englische Volkswirtschaftler Chi o z z a M o n e y hat in einem Artikel im sozialistischen „New Leader“ vom 20. September v. J. folgende bemerkenswerte Kontenrechnung aufgestellt:

Dereinbarung, wonach England an Amerika zahlt in Pfund Sterling 38 300 000.

Dereinbarung, wonach an England in Pfund Sterling zahlen: Frankreich 14 000 000, Italien 4 500 000, Rumänien 700 000, Jugoslawien 600 000, Portugal 400 000, Griechenland 400 000, Deutschland 18 000 000; insgesamt 38 600 000.

Wie die Dinge liegen, spielt England seine Rolle als europäischer Gerichtsvollzieher ganz gut. Die Arbeiterpartei fordert mit Recht die Annullierung aller Reparations- und Kriegsschulden. Wann aber wird diese Frage in den Bereich der praktischen Politik gestellt werden? Mit Chi o z z a M o n e y möchten wir hoffen, daß bald ein Staatsmann den Mut findet, in Genf diese Seite des Problems anzuschneiden... Noch ist diese Zeit nicht gekommen. In Deutschland entbrennt schon in nächster Zeit der Kampf um die Verteilung der Lasten. Aufgabe der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ist es, darauf zu achten, daß dieser Kampf nicht auf den Schultern der werktätigen Bevölkerung ausgetragen wird. Es kann nicht erlaubt werden, daß der Löwenanteil der Lasten durch Verbrauchssteuern eingetrieben wird. B. W.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Zinssenkung der Reichsbank. Der Zentralausschuß der Reichsbank hat am 13. Januar 1930 beschlossen, den Wechseldiskont von 7 auf 6½ Proz. und den Lombardzinsfuß von 8 auf 7½ Proz. herabzusetzen.

Neue Rechtsregierung in Thüringen. Die am 13. Januar 1929 gebildete Regierung in Thüringen setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerium des Innern und Volksbildungsministerium: Dr. Friedl-München (Nationalsozialist); Finanzministerium: Baum (Landvolkpartei), zugleich als Vertreter des ehemaligen Gebiets Altenburg; Wirtschaftsministerium und Justizministerium: Dr. Kästner (Wirtschaftspartei), zugleich als Vertreter des ehemaligen Gebiets Gotha. Dazu treten folgende Staatsräte: Marschler (Nationalsozialist) für das Gebiet Weimar, Port (Landvolkpartei) für das Gebiet Neuh, Kien (Deutschnational) für das Gebiet Meiningen, Fürtz (Wirtschaftspartei) für das Gebiet Rudolstadt und Bauer (Deutsche Volkspartei) für das Gebiet Sondershausen.

Schacht lehnte am 13. Januar im Haag Beteiligung der Reichsbank an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ab. Auf Ersuchen der Reichsregierung und unter Zustimmung des preussischen Finanzministers haben sich am 14. Januar die Reichskreditgesellschaft A.-G. und die Preussische Staatsbank (Seehandlung) bereit erklärt, als Gründer der Internationalen Bank mit aufzutreten. Die deutsche Delegation erklärt im Haag, dafür zu sorgen, daß der Eintritt der Reichsbank in die Internationale Bank geschäftlich gewährleistet wird. Schacht erklärt nun, sich den daraus ergebenden Verpflichtungen nicht zu entziehen.

Die Sanktionsfrage wurde am 16. Januar im Haag dahin erledigt, daß im gegebenen Falle der Internationale Gerichtshof im Haag entscheiden soll, ob die deutsche Regierung Handlungen vollzogen hat, die ihren Willen beweisen, den Young-Plan zu zerreißen. Befehdensfalls sollen die Repressalienmaßnahmen (nach dem Kommentar der französischen halbamtlichen Nachrichtenagentur) finanzieller oder wirtschaftlicher Art sein.

Demonstrationsverbot. Infolge der sich steigenden kommunistischen und nationalsozialistischen schweren Unruhen hat der preussische Innenminister am 16. Januar bis auf weiteres ein Verbot aller Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich aller Umzüge für das Gebiet des Freistaates Preußen erlassen.

Arbeiterversicherung

Weiterzahlung der Krisenunterstützung während berufstätlicher Arbeitslosigkeit. Im Erlaß über Personenkreis und Dauer der Krisenunterstützung (K.U.) vom 29. Juni 1929 werden von der K.U. ausgeschlossen:

„Personen, für die durch Anordnung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung oder des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamts berufstätliche Arbeitslosigkeit anerkannt ist, während der Dauer der berufstätlichen Arbeitslosigkeit.“

Daraus ergibt sich, daß aus der Saisongruppe während der Zeit der berufstätlichen Arbeitslosigkeit bei Erlöschen des Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung ein Uebertritt zur K.U. nicht möglich ist. Ungeklärt war bisher die Frage: Welchen Anspruch haben diejenigen Mitglieder einer zur K.U. zugelassenen Saisongruppe, die schon vor der berufstätlichen arbeitslosen Zeit (9. Dezember 1929) K.U. erhalten haben? In einem Schreiben des Reichsarbeitsministers an die Präsidenten der Landesarbeitsämter vom 19. Dezember 1929 wird diese Frage dahin geklärt, daß alle Arbeitslosen, deren Arbeitslosigkeit zwar als berufstätlich anerkannt ist, denen aber bereits vor dem 9. Dezember 1929 K.U. bewilligt wurde, auch über diesen Zeitpunkt hinaus bis zur Höchstdauer der K.U. in der Unterstützung bleiben können. Vor dem 9. Dezember 1929 zur K.U. zugelassene Angehörige der Saisongruppen müssen, wenn ihnen mit diesem Datum die Unterstützung ohne sonstigen Grund entzogen wurde, entsprechende Anträge an die Arbeitsämter stellen.

Internationale Gewerkschaftsbewegung

Fortschritte im Internationalen Gewerkschaftsbund. Wenn auch, wie das fast unvermeidlich ist, mit erheblicher Verspätung, erscheinen die Mitgliederzahlen des IGB. doch rechtzeitig genug, um einen allgemeinen Ueberblick über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung der Amsterdamer Richtung zu ermöglichen. Die Entwicklung ist gut. Es geht natürlich nicht überall im gleichen Tempo voran. Es gibt auch Rückschläge. Am empfindlichsten ist der Rückschlag in Großbritannien, der eine Folge des verlorenen Bergarbeiterstreiks und der andauernden großen Arbeitslosigkeit ist.

Mitgliederzahl der dem IGB. angeschlossenen Landeszentralen			
Länder	1. Jan. 1927	1. Jan. 1928	1. Jan. 1929
Deutschland ADGB	3 933 931	4 415 689	4 866 926
Deutschland AFA-Bund	388 109	394 801	421 106
Großbritannien	4 163 994	3 874 842	3 673 144
Oesterreich	756 392	772 762	766 168
Frankreich	605 250	605 250	638 326
Tschechoslowak.	548 231	541 637	558 608
Belgien	551 860	530 575	518 658
Schweden	414 859	437 974	469 409
Polen	244 383	271 581	272 317
Spanien	221 000	221 000	221 000
Niederlande	196 314	202 696	220 545
Schweiz	153 797	165 692	173 000
Dänemark	156 277	156 425	155 978
Kanada	103 037	140 195	144 000
Ungarn	126 260	127 422	124 378
Griechenland	—	—	98 470
Argentinien	82 574	82 574	82 574
Südafrika	60 660	60 660	40 000
Jugoslawien	27 299	33 217	36 044
Rumänien	30 468	26 783	26 783
Lettland	15 818	18 732	21 888
Litauen	18 486	18 486	—
Palästina	22 332	21 873	21 302
Luxemburg	14 179	14 179	15 377
Estland	—	5 071	5 506
Bulgarien	2 500	2 585	2 650
Memel	1 164	1 024	1 064
Südwestafrika	—	600	500
Insgesamt	12 839 174	13 144 225	13 575 721

Am stärksten hat die Bewegung in Deutschland gewonnen, und zwar von insgesamt 4 322 040 auf 5 288 032 oder um nahezu eine Million. Das macht eine Steigerung von mehr als 22 Proz. aus, während insgesamt die Mitgliederzahl des IGB. um rund 730 000 gleich 3,3 Proz. stieg. Die Uebersicht ergibt, daß es außerhalb des IGB. keine Gewerkschaftsbewegung gibt, die auch nur annähernd an die Gewerkschaftsbewegung der Amsterdamer Richtung heranzieht. Der IGB. hat sich siegreich behauptet. Wollte man nach dem Rezept von Moskau verfahren und auch die Sympathisierenden mitzählen, dann gäbe es außerhalb Rußlands keine Gewerkschaftsbewegung, die nicht dem IGB. zuzuzählen wäre.

Aus unserer Bewegung

Alzen. In der ersten Generalversammlung am 7. Januar referierte Bezirksleiter Gustav Dergens-Frankfurt über den Gesamt-Verband. Anschließend wurde die neue Ortsverwaltung gewählt, die sich auf die drei bestehenden Ortsgruppen paritätisch verteilt: 1. Vorsitzender Jakob Baden, 2. Vorsitzender Phil. Gegenheimer, 1. Kassierer Martin Ruhland, 2. Kassierer Georg Dettler, 1. Schriftführer Franz Knapp, 2. Schriftführer Karl Amend.

Augsburg. In der ersten Generalversammlung am 4. Januar referierte Kollege Weigl-München über Zweck und Aufgabe des Gesamt-Verbandes. Hierauf folgten die Wahlen zur Ortsverwaltung. Gewählt wurden: 1. Vorsitzender Georg Felbinger, 2. Vorsitzender Josef Britsch, Kassierer Sebastian Schuster, 1. Schriftführer Ditus Fendt, 2. Schriftführer Alois Schmid.

Baugen. In der Generalversammlung am 8. Januar war ein guter Besuch von sämtlichen Gruppen des nunmehr zusammengefügten Verbandes zu verzeichnen. Arbeitersekretär Maas hielt einen Vortrag über: „Die Rationalisierung der deutschen Wirtschaft und die Stellungnahme der Arbeiterschaft.“ Die Wahl der Ortsverwaltung ergab: 1. Vorsitzender Herold, 2. Vorsitzender Fritsche, 1. Kassierer Gono, 2. Kassierer Kokuška, 1. Schriftführer Primke, 2. Schriftführer Nicolai.

Kreuznach. In der Generalversammlung am 12. Januar d. J. gaben die Kollegen Merrer (Verkehrsbund) und Brobeck (Gemeinde- und Staatsarbeiter) die Geschäftsberichte ihrer Filialen. Hierauf wurde der neue Vorstand gewählt. Brobeck wurde einstimmig als 1. Vorsitzender gewählt. Die Vorschlagsliste der anderen Vorstandsmitglieder, sowie die Liste der Kartellbelegierten wurden ebenfalls einstimmig angenommen. Die Sätze für die Markenkassierer wurden auf 6 Proz. festgesetzt. Nach den Wahlen referierte Kollege Dergens-Frankfurt a. M. über die Ziele und Aufgaben des Verbandes. Nach dem Referat entspann sich eine lebhafte Debatte über die Erwerbslosenfrage. Im Schlusswort schilderte Kollege Dergens nochmals die tieferen Gründe der Erwerbslosenkrise und führte aus, daß ein Gewerkschaftsbeamter durch seine Stellung kein Schuft oder Arbeiterverräter geworden sei; auch den Vorwurf der KPD. der SPD. gegenüber, sie wären Sozialfaschisten, widerlegte er.

Rohweim. In der Generalversammlung am 13. Januar wurde der bisherige Vorsitzende, der Gemeindegewerkschafter Kollege Bernack, von neuem zum Bevollmächtigten gewählt. Ebenso wurde der Kassierer des DGS., Kollege Schmidt, durch Zuruf einstimmig in seinem Amt bestätigt. Den Schriftführer stellt die Sektion Verkehrsbund. In der weiteren Besetzung der Ortsverwaltung ergab sich, daß dem Grundsatz der Parität vollständig Rechnung getragen worden ist. Öertlich besteht die Organisation aus zwei Sektionen; den Verkehrsbund leitet Kollege Heide, während die Belange der Gemeinde- und Staatsarbeiter vom Bevollmächtigten vertreten werden. Die Beitragskassierung erfolgt in der alten Weise. Einstimmig wurde das „Deutsche Haus“ als Versammlungsraum festgelegt. Jeden ersten Sonnabend im Monat ist Mitgliederversammlung. Für das abgebrannte Heim der Arbeiterwohlfahrt in der Lüneburger Heide bewilligte man 10 RM. zu Lasten der Lokalkasse. In letzter Zeit waren verschiedene Meinungen bei Berechnung des Krankengeldes der städtischen Arbeiter aufgefaucht. Um Aufklärung zu verschaffen, gab, auf Wunsch der alten Verwaltung, ein Angestellter des Rechnungsamtes die nötigen Aufschlüsse.

Schwerin (Meckl.). In der Versammlung am 16. Dezember 1929 referierte Kollege Lemke, der den Kollegen ein klares Bild über die Beitrags- und Unterstützungssätze im Gesamt-Verband gab. Die Wahl des Vorstandes ergab: Kollege Pollock (DGS.) 1. Vorsitzender, Kollege Kallow (DDB.) 2. Vorsitzender, Kollege Canake (DDB.) 1. Kassierer, Kollege Kröger (DGS.) 2. Kassierer, Kollege Kaufert (DGS.) 1. Schriftführer, Kollege Wöhl (DDB.) 2. Schriftführer. Beschlossen wurde, am 8. Februar das erste gemeinsame Stiftungsfest zu feiern.

Weißenfels. In der gutbesuchten festlich ausgestatteten Generalversammlung am 4. Januar referierte Bezirksleiter Wachtendorf über die Entstehung der Gewerkschaften, ihre Ziele und die Motive, welche zur Vereinigung zum Gesamt-Verband geführt haben. Da zwei Vorschlagslisten eingegangen waren, wurden die Vorstandswahlen per Stimmzettel vorgenommen. Die Wahl ergab eine überwältigende Mehrheit für die Kollegen, die der jetzigen Verwaltung angehören. Einige materiell eingestellte Kollegen glaubten nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses, die Abtimmung anzweifeln zu dürfen. Kollege Wachtendorf sowie der größte Teil der Versammelten belehrten diese Kollegen eines anderen, zumal die Einwürfe nur aus rein persönlichem Egoismus bestanden. Die neue Ortsverwaltung wird ihre ganze Kraft einmütig in den Dienst der Gewerkschaft, zum Wohle der Kollegen stellen, sie wird sich in ihrer Tätigkeit nicht beeinflussen lassen von Egoisten, sondern die Ziele einer idealen Arbeiterbewegung im Auge halten.

Internationale Rundschau

Amerikanische Lohnpolitik. Der „Frankf. Zeitung“ entnehmen wir: „Für die Vereinigten Staaten hat das Ende des Jahres 1929 nach einem atemberaubenden Aufstieg eine jähe Ernüchterung gebracht. Das stolze Kartenhaus, das die Spekulantenvelt mit kühner Phantasie immer höher aufgetürmt hatte, ist zusammengefallen und hat viele Existenzen unter sich begraben. Ist das das Ende der vielgerühmten amerikanischen Prosperität? Schon seit einigen Monaten zeigen sich in der amerikanischen Wirtschaft Ermüdungserscheinungen. Sind dies lediglich unvermeidliche, vorübergehende Reaktionen nach der beispiellosen Prosperitäts- und Gründerära der vorangegangenen Monate, oder folgen den fetten Jahren nunmehr die mageren Jahre? Eines scheint sicher: Wir gehen einer Periode der Konsolidierung und Sammlung der Kräfte entgegen. An Stelle des überschwenglichen, jede Grenze ignorierenden Optimismus ist die Besonnenheit getreten. Nunmehr steht die Rationalisierung an erster Stelle auf dem Programm. Denn auch im „Lande der unbegrenzten Möglichkeiten“ können die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wer seine Fähigkeiten überschätzt hat, sucht jetzt vielfach nach Anlehnung. Ausmerzung der weniger Widerstandsfähigen im Konkurrenzkampf, weitere Fusionen mit größerer Leistungsfähigkeit und mit immer enormeren Kapitalien werden die Folge sein. Die Riesen der Wirtschaft werden immer gigantischer. Während dieses Ringens der Konzerne um Existenz und Prosperität steht an der Spitze des amerikanischen Volkes ein Mann, dessen Name als Spezialist für wirtschaftliche Probleme zu seiner Berufung geführt hat. Von ihm erwartet man in diesem schwierigen Umstellungsprozeß Rat und Leitung. Es ist, als ob man vorausgesehen hätte, daß das Problem der Zukunft mehr als alles andere zu einem Prosperitätsproblem zu werden verspreche. In der Tat, die Vermeidung der Krise steht im Mittelpunkt. Es gilt, die ungestörte Fortdauer des Absatzes zu sichern und die Kaufkraft der Massen zu erhalten. Hierfür wird mit allen Mitteln gekämpft und hinter dieser Aufgabe treten alle anderen zurück. Außenpolitische Fragen, sie mögen noch so wichtig sein: die englisch-amerikanische Versöhnung, das Flottenproblem, der amerikanische Beitritt zum Weltgerichtshof usw. sind ihr an Bedeutung untergeordnet. Mit Hilfe von Hochschutzzöllen, mit Hilfe eines von der Regierung geförderten wirtschaftlichen Expansions-Programms, kurzum mit allen nur möglichen Mitteln will man die Kontinuität des Riesenkonsums gewährleisten. Der Schlüssel zur amerikanischen Prosperität ist die Kaufkraft der Massen. Auf die Erhaltung der Kaufkraft kommt es vor allem an, und deshalb ist es besonders bemerkenswert, daß man sich hütet, Spar-samkeit am falschen Platze anzuwenden: Lohnkürzungen und Arbeiterentlassungen, das weiß man hier, sind ein zweischneidiges Schwert. Wo gespart werden soll, will man am eigenen Budget sparen und nicht am Budget des Angestellten und Arbeiters, ohne dessen Kaufkraft der Massenabsatz zusammenbrechen muß.“ — Wenn gleich in A m e r i k a auch nicht alles Gold ist — bei über 3 Millionen Arbeitslosen! —, so ist doch die theoretische Einsicht über den Wert hoher Löhne für die Konsumkraft wesentlich größer!

RUNDSCHAU

Anrechnung der Kriegsrenten auf Arbeitslosenunterstützung. Als 1929 der Gedanke auftauchte, das Arbeitslosenversicherungsgesetz so zu ändern, daß die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung gesenkt werden konnten, war es die Deutsche Volkspartei, die den Antrag im Reichstag einreichte, sämtliche Kriegsrenten bis auf einen Betrag von 15 Mk. monatlich auf die Arbeitslosenunterstützung anzurechnen. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen wandte sich sofort gegen diese Maßnahme, die u. a. auch vom Ehrenvorsitzenden des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter, dem volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Thiel, unterzeichnet war. Das Vorgehen des Reichsbundes hatte Erfolg. Der neue § 112a des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung schließt die Kriegsrenten von der Anrechnung aus. Die Unklarheit, welche Renten als auf Kriegsdienstbeschädigung beruhend anzusehen seien, ist vom Reichsarbeitsministerium durch einen Erlaß vom 8. November 1929 beseitigt. Auf einer Kriegsdienstbeschädigung im Sinne des Abs. 2 Nr. 1 des § 112a A.D.A.G. beruhen nach diesem Erlaß Renten und Beihilfen, die unmittelbar auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes einschließlich der Versorgung im Härteausgleich (für Geisteskranke und nach § 113 des Reichsversorgungsgesetzes) sowie auf Grund des Altrentnergesetzes, wenn die Dienstbeschädigung während der Teilnahme an einem Kriege oder einer kriegerischen Unternehmung erworben ist, sowie auf Grund des § 2 des Kriegspersonenbeschädigungsgesetzes gewährt

werden. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten teilt dazu mit, daß derjenige Rentenempfänger, der Arbeitslosenunterstützung beantragt, seinem zuständigen Arbeitsamte anzeigen muß, daß er Rentenbezieher nach den obengenannten Vorschriften ist. Der Versorgungsberechtigte als auch das Arbeitsamt können von dem zuständigen Versorgungsamt eine entsprechende Bescheinigung, daß der Antragsteller Rentenempfänger ist, verlangen. Die Anrechnung der Renten bei der Arbeitslosenunterstützung unterbleibt nur, wenn dem Arbeitsamte die Bescheinigung des Versorgungsamtes vorliegt.

Leistungssteigerung der Hochöfen in Deutschland. Rationalisierung der deutschen Industrie tut not, um exportfähig zu bleiben.

Am weitestgehenden wurde die Rationalisierung in der deutschen Eisenindustrie erzielt. Die Zahl der Hochöfen nahm um nahezu 15 Proz. in drei Jahren ab, die Leistungsfähigkeit des einzelnen Ofens aber stieg im gleichen Verhältnis.

Wenn man dazu noch berücksichtigt, daß heute nur noch ein Teil des Personals zur Ueberwachung des Ofens notwendig ist wie bei den Öfen des alten Systems, so wird man die Bedeutung dieser Rationalisierung für unsere Eisenproduktion und damit für die deutsche Volkswirtschaft erfassen können.



Die Volkshochschule Groß-Berlin beginnt am 13. Januar ihren zweiten Lehrabschnitt. Von Oktober bis Dezember 1929 liefern 120 Kurse mit etwa 3000 Hörern. Fast alle Kurse werden fortgesetzt. Welche Kurse neue Hörer aufnehmen, ist aus dem Mitteilungsblatt Nr. 2 zu ersehen, das kostenlos versandt oder in der Geschäftsstelle abgegeben wird. (9 bis 16 Uhr: Burgstr. 8, III., I.; 17 bis 20 Uhr: Breite Straße 11, Ermelerhaus; Telefon: Kupfergraben 3228.) In der Geschäftszeit Auskunft über Erwachsenenbildung und persönliche Beratung für alle, die sich weiterbilden wollen.

VERBANDSTEIL

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Bei der Berichterstattung der Ortsverwaltungen über Mitgliederzahl, arbeitslose Mitglieder und kurzarbeitende Mitglieder auf der weißen Monats-Berichtskarte durch die Ortsverwaltungen für den Monat Januar 1930 ist darauf zu achten, daß die Gesamtzahl der Mitglieder einer Ortsverwaltung, wie sie sich nach der Verschmelzung zum Gesamt-Verband ergibt, auf der Berichtskarte vermerkt werden muß. Das gleiche gilt für die Angaben über arbeitslose bzw. kurzarbeitende Mitglieder: Die ausgefertigte Karte ist spätestens am zweiten Tage nach Monatschluß der Hauptverwaltung des Gesamt-Verbandes, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4, einzusenden. Jede Ortsverwaltung ist verpflichtet, die Berichtskarte pünktlich einzusenden.

Die Adresse des Verbandsausschusses ist: Arnoldus van Riesen, Betriebsrat der Schlacht- und Viehmarktverwaltung, Hamburg, Kampstr. 46.

Ausgeschloffen wurden auf Grund des § 5 Abs. 1a und b der Verbandsfassung: In Frankfurt a. M.: Johann Borndran, Spintr. 972 659; in Isehoe: Franz Hildebrandt, Spintr. 2 024 060; in Kassel: Karl Bloß, Spintr. 2 037 096; in Königsberg i. Pr.: Willy Antermann, Spintr. 1 072 360; in Leipzig: Max Lichtenstein, Spintr. 1 154 166; Willy Lindner, Spintr. 1 151 943; Georg Melly, Spintr. 1 174 028; Paul Müller, Spintr. 1 160 453.

Der Verbandsvorstand.

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz. Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO 36, Schießsche Straße 42.